

31/1992

Generalsekretär Peter Hintze:

SPD nimmt die Wirklichkeit nicht mehr zur Kenntnis

Jeder in Deutschland spürt: Wir brauchen dringend eine Änderung des Asylrechts. Wir brauchen ebenso dringend schärfere Gesetze gegen den rechten Mob.

In beiden Fragen betreiben beträchtliche Teile der SPD eine nicht mehr nachzuvollziehende Wirklichkeitsverweigerung. Wenn Tag für Tag Tausende von Wirtschaftsflüchtlingen nach Deutschland kommen und durch das bloße Aussprechen des Wortes „Asyl“ ein Bleiberecht erlangen, wenn in unseren Städten, Dörfern und Kreisen sämtliche Unterbringungsmöglichkeiten restlos erschöpft sind, wenn sich die ständig angespanntere Situation zu Lasten der wirklich politisch Verfolgten auszuwirken droht — dann ist es unbegreiflich, daß in der SPD diese Wirklichkeit nicht zur Kenntnis genommen wird und statt dessen abstrakte Diskussionen über das Individualgrundrecht auf Asyl geführt werden.

Der Gewalt wirksam begegnen

Genauso unverständlich ist es, daß sich die SPD-Innenminister einer Verschärfung jener gesetzlichen Bestimmungen verweigern, mit denen der Staat wirksamere Instrumente gegen den rechten Mob in die Hand bekäme. Der Gewalt gegen Menschen und Sachen kann nicht allein mit auch noch so gut gemeinten symbolischen Handlungen begegnet werden, sondern nur mit der erkennbaren Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Asylpolitik**
Das Asylrecht muß vor Mißbrauch wirksam geschützt werden. Gemeinsamer Entschließungsantrag von CDU, CSU und FDP. Seite 3
- **Standort Deutschland**
Die sozialen und wirtschaftlichen Stärken sichern und bewahren. Seite 9
- **Hochschulen**
Studienzeiten verkürzen und die Lehre an den Hochschulen verbessern. Seite 15
- **Europa**
Rita Süßmuth: Es ist unsere Aufgabe, mit dem Ja zu Europa voranzugehen. Aus der Rede in der Europa-Debatte des Deutschen Bundestages. Seite 20
- **CDU Sachsen**
5. Landesparteitag in Riesa: Freistaat Sachsen kommt gut voran. Seite 32
- **Dokumentation**
Stabile Beitragssätze sind das Ziel. Der Konsens von Lahnstein zu Einsparungen und Strukturverbesserungen im Gesundheitswesen. Grüner Teil

3. Parteitag der CDU Deutschlands

Aus der vorläufigen Tagungsfolge

Montag, 26. Oktober 1992

1. Plenarsitzung

Eröffnung und Begrüßung:
Bundeskanzler Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands;
Bericht der Parteivorsitzenden

2. Plenarsitzung

Bericht des Generalsekretärs;
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
Bericht des Bundesschatzmeisters sowie die nach § 23 Abs. 2 Parteiengesetz erforderliche Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1990;
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

Wahl des Bundesvorstandes

- **Wahl des Vorsitzenden,**
- **Wahl des Generalsekretärs,**

- **Wahl der 4 stellvertretenden Vorsitzenden,**
- **Wahl des Bundesschatzmeisters,**
- **Wahl weiterer 7 Mitglieder des Präsidiums,**
- **Wahl weiterer 26 Mitglieder des Bundesvorstandes.**

Dienstag, 27. Oktober 1992

— EUROPATAG —

3. Plenarsitzung

Einbringung des europapolitischen Antrages des Bundesvorstandes;
Beratung über den europapolitischen Antrag des Bundesvorstandes.

4. Plenarsitzung

Antragsberatung und Beschlußfassung über den europapolitischen Antrag des Bundesvorstandes

Mittwoch, 28. Oktober 1992

5. Plenarsitzung

Grußwort des CSU-Vorsitzenden, Bundesminister Theodor Waigel;
Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Grund für die Wirklichkeitsverweigerung der SPD liegt darin, daß sie den weltgeschichtlichen Wandel offensichtlich noch immer nicht verstanden hat. Das Scheitern des Sozialismus hat die SPD, die sich noch immer als „Partei des demokratischen Sozialismus“ bezeichnet, in eine tiefe Identitätskrise gestürzt. Die inhaltlichen und personellen Führungskämpfe der Sozialdemokraten sind Ausdruck dieser Krise und gehen zu Lasten aller Bürger. Deutschland kann nicht darauf warten, bis die SPD ihre neue Identität gefunden hat.

Die Führungsspitze der SPD bleibt aufgefodert, die Wirklichkeitsverweigerung in weiten Teilen der Partei zu überwinden und die Blockade in der Asylpolitik und bei der notwendigen Verschärfung der Gesetze zum Schutz des inneren Friedens aufzugeben.

Wie sehr sich die Wirklichkeitsverweigerung auch in Teilen der Gewerkschaften fortsetzt, hat die wilde Polemik des IG-Medien-Kongresses gegen den Redebeitrag von DGB-Chef Mayer zur größergewordenen Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands in der Welt gezeigt.

Das Asylrecht muß vor Mißbrauch wirksam geschützt werden

Die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP haben sich am 13. Oktober auf einen gemeinsamen Kurs in der Asylpolitik verständigt und mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Entschließungsantrag verabschiedet:

I. Ausgangslage

Die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland ist dramatisch gestiegen. Auf Deutschland entfallen — bei steigender Tendenz — zur Zeit mehr als 60 Prozent der Asylanträge in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres waren bereits 319.674 Asylbewerber zu verzeichnen, so daß 1992 mit einem Zugang von 450.000 Asylbewerbern gerechnet werden muß.

Bund, Länder und Gemeinden stehen vor vielfach kaum noch lösbaren Aufgaben. Die öffentlichen Haushalte werden, vor allem im Bereich der Sozialhilfe, unverhältnismäßig belastet.

Trotz beachtlicher Ausweitung der Bearbeitungskapazitäten und erheblichen Anstiegs der entschiedenen Fälle nimmt der Rückstau unerledigter Anträge bei Verwaltungsbehörden und -gerichten immer weiter zu.

Die hohe Zahl der Asylbewerber, die die Voraussetzungen für eine Anerkennung nicht erfüllen, geht zu Lasten der politisch Verfolgten. Das Asylrecht muß deshalb vor Mißbrauch wirksam geschützt werden. Es ist ein Recht zum Schutz vor politischer Verfolgung, nicht zur Beseitigung sozialer Notlagen.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Insbesondere müssen offensichtlich

aussichtslose Fälle schnell entschieden und muß der Aufenthalt dieser Antragsteller möglichst umgehend beendet werden, um das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte gewährleisten zu können.

II. Folgerungen

- 1.** Politisch Verfolgte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention werden auch weiterhin in Deutschland als Asylberechtigte anerkannt.
- 2.** Unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention soll in einem verkürzten Verfahren beschieden werden,
 - wer aus einem Land stammt, bei dem grundsätzlich davon ausgegangen wird,

Gemeinsamer Entschließungsantrag von CDU, CSU und FDP zur Asylpolitik

daß dort keine politische Verfolgung stattfindet;

- wer aus einem sicheren Drittstaat kommt;
- wer im Besitz von gültigen Einreisepapieren für ein sicheres Drittland ist;
- wer aus einem Land kommt, in dem er in einem rechtsstaatlichen Verfahren und nach den Maßstäben der Genfer Flüchtlingskonvention bereits als Asylbewerber abgelehnt worden ist;
- wer in der Bundesrepublik Deutschland in erheblicher Weise straffällig geworden ist;

● wer seine Mitwirkungspflichten, insbesondere zur Feststellung seiner Identität, in gröblicher Weise verletzt;

● wer nach Einreise in die Bundesrepublik Deutschland die Stellung seines Asylantrages grundlos verzögert.

3. Eine Asylgewährung muß grundsätzlich ausgeschlossen sein, wenn aufgrund völkerrechtlicher Verträge ein anderer Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist und dieser die Genfer Flüchtlingskonvention beachtet.

4. Ferner muß eine Asylgewährung ausgeschlossen sein, wenn der Ausländer ein schweres nicht politisches Verbrechen im Sinne des Art. 1 der Genfer Flüchtlingskonvention begangen hat.

5. Der Zugang zu einem geordneten Verfahren mit rechtlichem Gehör und Rechtsschutzmöglichkeit ist vorzusehen. Um in denjenigen Fällen, in denen ein Asylbegehren offensichtlich unbegründet ist und dem Ausländer keine irreparablen Nachteile drohen, eine rasche Aufenthaltsbeendigung vornehmen zu können, müssen aufenthaltsbeendende Maßnahmen sofort vollzogen werden können.

6. Bürgerkriegsflüchtlinge, die in Deutschland Aufnahme gefunden haben, müssen einen asylverfahrensunabhängigen vorübergehenden Aufenthaltsstatus erhalten. Solange dieser Status besteht, muß die Stellung von Asylanträgen ausgeschlossen sein.

7. Darüber hinaus muß die Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigt an europäischen Regelungen und Absprachen auf dem Gebiet des Asylrechts und der Asyl- und Flüchtlingspolitik mitwirken und teilnehmen und mit den anderen europäischen Staaten ein vereinheitlichtes europäisches Asylrecht schaffen können. In den anderen Staaten der Europä-

ischen Gemeinschaft ist die Genfer Konvention gemeinsame Grundlage für die Asylgewährung. Es müssen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland sich einer europäischen Harmonisierung des Asylrechts anschließen kann.

8. Zur Erreichung dieser Ziele soll Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG geändert werden.

9. Unbeschadet dessen müssen in Bund und Ländern alle Anstrengungen unternommen werden für die Umsetzung und vollständige Anwendung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes, für die Ausschöpfung aller Beschleunigungsmöglichkeiten vor allem bei straffälligen Asylbewerbern, insbesondere bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz, sowie für eine konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger abgelehnter Asylbewerber. Das zur Identifizierung von Asylbewerbern erforderliche automatisierte Fingerabdrucksystem AFIS ist schnellstmöglichst einsatzbereit zu machen.

10. Der wirtschaftliche Anreiz für politisch nicht verfolgte Ausländer, nach Deutschland zu kommen, muß gemindert werden. Deshalb muß das Bundessozialhilfegesetz geändert werden. Die Leistungen sind grundsätzlich auf das Notwendige zu beschränken. Dabei muß die Sachleistung Vorrang vor der Geldleistung erhalten. Für Ausländer, die sich in Aufnahmeeinrichtungen aufhalten, ist die Gewährung von Sachleistungen verbindlich vorzuschreiben.

11. Die auf West-Europa gerichtete Zuwanderung ist Teil weltweiter Wanderungsbewegungen. Die Bekämpfung der Ursachen für Wanderung und Flucht ist die langfristig wichtigste und effektivste Antwort auf den Wanderungsdurch. Dies kann nicht Aufgabe einer Nation allein

sein; hier ist die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere die Europäische Gemeinschaft gefordert. Unabhängig von den asylrechtlichen Neuregelungen muß kurzfristig geprüft und entschieden werden, welche Maßnahmen die Europäische Gemeinschaft ergreifen sollte, um die wirtschaftlichen, sozialen und menschenrechtlichen Bedingungen in den Hauptherkunftsländern der Asylbewerber zu verbessern.

12. Zusätzlich zu asylrechtlichen Neuregelungen muß geprüft werden, ob ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz die Asylverfahren wirksam entlasten kann.

III. Wir wollen, daß Deutschland ein ausländerfreundliches Land bleibt.

Bei uns leben 6 Millionen Ausländer. Sie sind Teil unseres Arbeits- und Gesellschaftslebens. Sie leisten einen bedeuten-

Ein Signal

... trotzdem bedeuten die Vereinbarungen ein Signal, der Asylproblematik wirksam zu begegnen. Sie bieten zugleich eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für die Sozialdemokraten, deren Zustimmung für die Grundgesetzänderung erforderlich ist. Doch die Genossen beharren auf einer nicht nachvollziehbaren Verweigerungshaltung. Das ist in mehrfacher Hinsicht peinlich.

Rheinische Post

den Beitrag zu unserer sozialen Sicherung und bereichern das kulturelle Leben in unserem Land.

Das gut nachbarschaftliche Zusammenleben mit Ausländern muß bewahrt und wo nötig verbessert werden. Ihre Integration muß weiter gefördert werden.

Russischer Investor kauft Teil der Zellstoffwerke Pirna

Das russische Unternehmen Sokolniki (Moskau) übernimmt einen Teil der in Liquidation stehenden Vereinigten Zellstoffwerke Pirna GmbH (Pirna). Wie Treuhanddirektor Ludwig Trenkner mitteilte, wird das ehemalige Werk I für den symbolischen Preis von einer Mark veräußert.

Der Betriebsteil wird mit einem Investitionsvolumen von über 300 Millionen DM saniert, die Produktion von Zellstoff soll wieder aufgenommen werden. 130 Beschäftigte werden sofort übernommen, weitere 220 finden nach Abschluß der zweieinhalb Jahre dauernden Sanierungs- und Investitionsphase einen Arbeitsplatz.

Die Finanzierung der Investition wird den Angaben zufolge zu 200 Millionen DM über den Export russischer Kohle sichergestellt. Die übrigen rund 100 Millionen DM stellen der Bund und der Freistaat Sachsen bereit. Die ökologischen Altlasten des zu DDR-Zeiten größten Umweltverschmutzers an der Elbe in Höhe von acht Millionen DM werden von Sokolniki übernommen.

Trenkner zufolge ist es mit dem Verkauf des Pirna-Werkes erstmals gelungen, Investoren über Tauschgeschäfte mit Osteuropa zu gewinnen. Die zu 100 Prozent privatisierte Sokolniki betreibt eine Papierfabrik sowie eine Druckerei.

Ein deutscher Patriot und Europäer

Zum Tode von Willy Brandt erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mit Willy Brandt verliert Deutschland eine herausragende und prägende Persönlichkeit. Er hat wie nur wenige zum Ansehen unseres Vaterlandes in der Welt beigetragen. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seiner Familie.

Willy Brandts politisches Wirken war geprägt von den Erfahrungen mit zwei totalitären Diktaturen auf deutschem Boden. Diese Erfahrungen waren für ihn Verpflichtung, seine Kraft in den Dienst von Frieden und Freiheit zu stellen.

Er konnte Menschen begeistern, aber auch polarisieren

In diesem Geiste war Willy Brandt stets deutscher Patriot, Europäer und Weltbürger zugleich. So verstand er sich im Kampf gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, und so verstand er sich im Kampf gegen das kommunistische Regime als Regierender Bürgermeister im geteilten Berlin.

Als Vorsitzender der SPD scheute Willy Brandt nicht die leidenschaftliche politische Auseinandersetzung. Er konnte Menschen begeistern, er konnte aber auch polarisieren. Dies gilt insbesondere für seine Politik der Öffnung nach Osten. Sein Ziel war es, die Interessen des damals geteilten Deutschland im weltweiten Entscheidungsprozeß zur Geltung zu bringen.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 1971 war auch Ausdruck des hohen Ansehens, das er als Bundeskanz-

ler für das demokratische Deutschland erworben hatte. Die außergewöhnliche Wertschätzung, die Willy Brandt weltweit genoß, beruhte aber auch auf seinem engagierten Eintreten für einen Ausgleich zwischen Nord und Süd. Er hatte sehr früh erkannt, daß dies — neben der Überwindung des Ost-West-Konflikts — eine Schicksalsfrage unserer Zeit ist.

Willy Brandt hat nicht nur in seinen Staatsämtern Politik und politische Kultur in Deutschland mitgestaltet. Sein Wort hatte über Parteigrenzen hinaus Gewicht.

Mit seiner Lebenserfahrung und seiner Weisheit hat er viel zur Versöhnung der Deutschen mit ihrer Geschichte beigetragen.

Ich selbst verdanke ihm — vor allem in den letzten Jahren — klugen Rat. Bei der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands konnte ich auf seine Unterstützung zählen. Schon vor dem Fall der Berliner Mauer hatte er erkannt, daß sich die Chance zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas bieten und daß sich die Sehnsucht aller Deutschen nach Freiheit und Einheit erfüllen werde.

Willy Brandt hat sich um unser Vaterland verdient gemacht

Seine Worte als Alterspräsident des ersten frei gewählten gesamtdeutschen Bundestages bleiben unvergessen und sind uns Vermächtnis: Wir haben die Einheit Deutschlands im Innern zu vollenden, die Einigung Europas voranzubringen und unserer gewachsenen Mitverantwortung in der Welt gerecht zu werden. Willy Brandt hat sich um unser Vaterland verdient gemacht.

Mehrheit der Jugendlichen blickt optimistisch in die Zukunft

Der IBM Deutschland GmbH und dem Institut für Empirische Psychologie ist für die Jugendstudie 1992 zu danken. Wer viel mit jungen Menschen im Gespräch ist, den können die Ergebnisse der 92er IBM-Jugendstudie nicht überraschen.

54 Prozent der Jugendlichen blicken zuversichtlich und optimistisch in ihre persönliche Zukunft. Weniger als fünf Prozent sehen die weitere Entwicklung ausgesprochen düster. Gerade auch im internationalen Vergleich schneidet Deutschland im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation, Bildungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit und persönliche Freiheit besonders gut ab.

Daß in der jungen Generation der Wunsch nach traditionellen Lebensformen zugenommen hat — 70 Prozent aller Jugendlichen wollen heiraten, 75 Prozent später einmal Kinder haben — bestätigt die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ehe und Familie auch weiterhin unter den besonderen Schutz des Staates zu stellen.

Wie wichtig unsere Bemühungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind, zeigt die Studie ebenfalls, nach der junge Frauen zu 89 Prozent Berufstätigkeit mit Familie und Beruf verbinden wollen.

Die existentiellen Wünsche gerade auch der Jugendlichen in den neuen Bundesländern nach einer gesicherten Ausbildung und Arbeit, nach einer eigenen Wohnung und sozialer Sicherheit insgesamt, müssen wir ernst nehmen. Die jungen Menschen sind bereit, für eine berufliche Karriere und das Ziel, gutes Geld zu

verdienen, auch mehr zu leisten. 56 Prozent im Westen und gar 64 Prozent im Osten setzen auf Leistung.

80 Prozent der Jugendlichen in ganz Deutschland sind sicher, daß die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern beseitigt werden.

Lediglich ein Prozent der Jugendlichen beteiligt sich aktiv an Aktionen gegen Ausländer. Die Studie erwähnt aber auch die 13 Prozent, die als konsequent ausländischer- und fremdenfeindlich eingestuft wer-

Der Wunsch nach traditionellen Lebensformen bei der Jugend bestätigt die Haltung der CDU/CSU zu Ehe und Familie.

den müssen und weiteren 15 Prozent, die anfällig für ausländerfeindliche Gedanken sind. Hier gilt es vor allem, die Verführer zur Rechenschaft zu ziehen. Denjenigen, die mit ausländerfeindlichen Parolen in Deutschland Stimmung machen wollen, muß mit aller Entschiedenheit begegnet werden.

Fremdenfeindlichkeit und ausländerfeindliche Programme sind eine Schande für unser Land. 57 Prozent der Jugendlichen in Deutschland, im Osten sogar 70 Prozent, sind zumindest teilweise stolz darauf, Deutsche zu sein. Diesem Stolz schließe ich mich gerne an, wenn wir in unserem Vaterland auch gegenüber ausländischen Mitbürgern Toleranz zeigen.

Baubestimmungen überprüfen zur Mobilisierung von Bauland

Der Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau der CDU hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, den Gemeinden und Städten die Möglichkeit zu eröffnen, in Gebieten mit besonders hohem Wohnbedarf auf sofort bebaubare Grundstücke eine erhöhte Grundsteuer zu erheben („zonierte gemeindliches Satzungsrecht“).

Ein solches Instrument sei, so der Fachausschußvorsitzende Werner Dörflinger, zwar kein Allheilmittel zur Mobilisierung von Bauland, könne aber mithelfen, die sich zuspitzenden Probleme auf dem Baulandmarkt zu entschärfen.

Regelungen überprüfen

In diesem Zusammenhang sprach sich der Bundesfachausschuß auch dafür aus, angesichts der Probleme auf dem Wohnungsmarkt die landesrechtlichen Bestimmungen über die einzuhalten- den Abstandsflächen, die Verpflichtung, einen Autostellplatz nachzuwei-

sen sowie die Vorschrift, daß ab einer bestimmten Haushöhe ein Aufzug vorhanden sein muß, zu prüfen.

Ziel: Kostenentlastung

Der Bundesfachausschuß begrüßte die Absicht der Bundesregierung, in dem von ihr geplanten Wohnbaulandgesetz die gesetzliche Regelung über den Erschließungsvertrag, der eine Kostenentlastung der Gemeinden zum Ziel hat, neu zu gestalten. Gleichzeitig müsse aber auch darüber nachgedacht werden, ob der nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches umlagefähige Erschließungsaufwand nicht neu definiert werden könne.

Viele Gemeinden sähen sich bei der Erschließung neuer Baugebiete mit der Notwendigkeit konfrontiert, beispielsweise kostspielige Regenüberlaufbecken zu bauen, ohne — abgesehen vom Grunderwerb — die dadurch entstehenden beträchtlichen Kosten in den umlagefähigen Erschließungsaufwand einrechnen zu können.

83 Prozent aller Jugendlichen, die es für wichtig halten, in europäischen Zusammenhängen zu denken, widerlegen die Vorurteile, die jungen Deutschen seien Europagegner. Immerhin wollen auch 75 Prozent von ihnen an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1994 teilnehmen.

Claudia Nolte, frauen- und jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundes-

tagsfraktion: Es herrscht nicht Friede, Freude, Eierkuchen — die Jugendlichen sind nicht mit allem einverstanden, was wir Politiker tun, und wir teilen nicht jede Überzeugung der jugendlichen Mehrheit. Doch gerade die vorgelegte IBM-Jugendstudie belegt: Die jungen Menschen in unserem Land sind interessiert an dem, was bei uns geschieht. Sie sollten sich einbringen. Wir wollen sie anhören und laden zur politischen Mitgestaltung ein. ■

Die sozialen und wirtschaftlichen Stärken des Standortes Deutschland sichern und bewahren

Nach ausführlicher gemeinsamer Beratung der Bundesfachausschüsse Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik der CDU Deutschlands erklärten deren Vorsitzende Christa Thoben und Hermann-Josef Arentz, MdL:

Mit der Herstellung der deutschen Einheit, den Veränderungen in Ost-Europa und dem europäischen Einigungsprozeß stellen sich für Deutschland zwei zentrale Herausforderungen:

- Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichern und
- zugleich soziale Gerechtigkeit und sozialen Frieden in Deutschland wahren.

Die Soziale Marktwirtschaft steht heute vor einer historisch einmaligen Bewährungsprobe: Die Trümmer von 40 Jahren Sozialismus müssen weggeräumt und die Lebensverhältnisse zwischen den jungen und alten Bundesländern sowohl wirtschaftlich als auch sozial angeglichen werden. Den größeren Herausforderungen stehen zweifellos die Menschen in den jungen Bundesländern gegenüber. Gerade deshalb ist es so wichtig, daß die sicher schmerzhaften Erfahrungen im Anpassungsprozeß durch den Verlust von Arbeitsplätzen, die Unsicherheit über die gesamte materielle Basis, die Veränderung aller Preisrelationen und den Wegfall gewohnter sozialer Rahmenbedingungen nicht die einzigen Erfahrungen sind, die sie im Übergang machen. Es muß gelingen, durch eine spezifische

Beschäftigungspolitik, durch unkonventionelle Arbeitsmarktinstrumente, durch die Bereitschaft, zumindest in einer Übergangszeit auch ungewohnte Wege im Strukturwandel zu gehen, den Menschen neue Zukunftsperspektiven zu geben und sie gleichzeitig nicht zu überfordern.

So verständlich die Ungeduld der Menschen ist, die in kürzerer Zeit eine Angleichung ihrer Lebensverhältnisse erwartet haben, so sehr muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Fehlentwicklungen und Fehlsteuerungen der vergangenen Jahrzehnte nicht in zwei bis drei Jahren zu überwinden sind. Um so wichtiger

Die Soziale Marktwirtschaft steht heute vor einer historisch einmaligen Bewährungsprobe.

ist es daher, daß in der Zwischenzeit die Arbeitsmarktpolitik ihre Brückenfunktion wahrnimmt und die Menschen durch möglichst betriebsnahe Qualifizierung und zumindest zeitweilige Beschäftigung zum Beispiel in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf neue Tätigkeiten und Beschäftigungschancen vorbereitet.

Da derzeit eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt noch nicht in Sicht ist, dürfen diese Chancen des Übergangs und die dazugehörigen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik nicht abgebaut werden. Wir wollen verstärkt Anreize schaf-

fen, die die Mobilität der Arbeitnehmer vom „zweiten“ zum „ersten“ Arbeitsmarkt erhöhen.

Vorrangiges Ziel für die Wirtschaftspolitik muß es sein, neben der Ermutigung und Förderung von Existenzgründungen und privaten Engagements auch dafür Sorge zu tragen, daß die neuen Bundesländer als Industriestandort erhalten bleiben. Dazu müssen die Unternehmen durch gezielte Maßnahmen so gefördert werden, daß ihre Produkte auf den Weltmärkten mit anderen Produkten konkur-

Besonders schwierige Aufgabe

rieren können. Vor dem Hintergrund weggebrochener Absatzmärkte in Ost-Europa ist dies eine besonders schwierige Aufgabe. Deshalb begrüßen wir die von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen, um die Produkte aus den neuen Bundesländern für die Westmärkte attraktiv zu machen und den Osthandel wieder zu beleben.

Die kaum noch zu überschauende Fülle an Fördermaßnahmen erweist sich angesichts des hohen Informationsbedarfs als ernstzunehmendes Hemmnis für den wirtschaftlichen Wandel in den neuen Bundesländern. Daher treten wir mit dem Ziel einer wirksameren Ausgestaltung für eine Vereinfachung und Bündelung der Fördermaßnahmen in den alten wie auch den neuen Bundesländern ein.

Wir erwarten von den Tarifpartnern, daß sie sich auf situationsgerechte und differenzierte Lösungen, zum Beispiel auf Revisionsklauseln und Öffnungsklauseln, verständigen. Dies wird in dem Umfang erleichtert, in dem es gelingt, in derartige Vereinbarungen Formen der Beteiligung am Produktivvermögen einzubeziehen. Ein solcher partnerschaftlicher Weg ist eindeutig Überlegungen vorzuziehen, in

die Tarifautonomie durch Gesetz einzugreifen.

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes erwarten wir von der Politik, daß sie durch flexiblere Lösungen bei der Alt-schuldenregelung die Weiterführung von Betrieben erleichtert. Von der Treuhand erwarten wir, daß sie sich im Zweifel für vorliegende Sanierungskonzepte und nicht für die Liquidation entscheidet. Von den Unternehmen in den alten Bundesländern erwarten wir, daß sie in dieser Ausnahmesituation zu einem überdurchschnittlichen Engagement in den jungen Bundesländern bereit sind. Kommt es zu diesem gesteigerten Engagement nicht, besteht die Gefahr, daß Bestrebungen zunehmen, die Lösung in staatlichem Zwang zu suchen.

Ein rascher wirtschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern kommt nur dann zustande, wenn alle Beteiligten ihre wirtschafts-, finanz-, sozial- und tarifpolitischen Instrumente miteinander abstimmen. Wir unterstützen daher den angestrebten Solidarpakt für Deutschland. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken und den sozialen

Qualifikation der Menschen

Frieden in ganz Deutschland sichern. Wir brauchen Förderinstrumente, von denen ein positiver Leistungsanreiz für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ausgeht.

Zur Festigung und Stabilisierung des Standortes Deutschland insgesamt sehen wir vor allen Dingen folgende Handlungsfelder:

- Als rohstoffarmes Land ist unser wichtigster Standortvorteil die Qualifikation der Menschen. Dies setzt eine Daueranstrengung sowohl bei der Erstausbildung

als auch der arbeitsbegleitenden Weiterbildung voraus. Im internationalen Vergleich liegt die Schwachstelle unseres Bildungssystems derzeit eindeutig in zu langen Schul- und Ausbildungszeiten, vor allem an Gymnasien und Hochschulen und in einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystemen.

In der berufsbegleitenden Weiterbildung muß es sowohl um ein noch stärkeres Engagement der Wirtschaft als auch um eine zunehmende Bereitschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gehen, berufliche Weiterbildung als notwendige und unverzichtbare arbeitsbegleitende Maßnahme zu sehen. Weiterbildung als Investition in die Menschen hat dieselbe Bedeutung wie Investitionen in Sachkapital.

Hinsichtlich der beruflichen Erstausbildung erwarten wir, daß die bewährte Form der dualen Ausbildung auch in Zukunft erhalten bleibt und nicht zugunsten gesamtschulischer Modelle aufgegeben wird. Zur dauerhaften Akzeptanz der beruflichen Bildung als gleichwertiger Alternative zu anderen Ausbildungswegen ist es notwendig, daß die Durchlässigkeit und die damit verbundenen Aufstiegschancen in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sichergestellt werden.

● Der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern setzt eine leistungs-

Offensive Infrastrukturpolitik

fähige und ausgebaute Infrastruktur voraus. Um die Voraussetzung hierfür weiter auszubauen, sprechen wir uns für eine offensive Infrastrukturpolitik aus, die auch mit dem Einsatz der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik stärker verknüpft werden sollte.

Sie muß den Abbau von den wirtschaftli-

chen Aufschwung hemmenden Regulierungen bei Eigentums- und Vermögensfragen in den neuen Bundesländern ebenso beinhalten wie eine weitere Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im gesamten Bundesgebiet. Zudem sind nichtabgeflossene finanzielle Mittel des Bundeshaushaltes für Infrastrukturmaßnahmen in die neuen Bundesländer umzulenken.

● Für die Wettbewerbsfähigkeit äußerst wichtig ist darüber hinaus, daß es gelingt, moderne Technologien, zum Beispiel

Soziale Akzeptanz erforderlich

Gentechnologien, zu entwickeln und bei uns anzuwenden. Dafür sind klare gesetzliche Rahmenbedingungen, ökologische Verträglichkeit und soziale Akzeptanz der Veränderungen erforderlich.

Die Akzeptanz technologischer Veränderungen ist deshalb so wichtig, weil ohne diesen Konsens die gewollte und von allen gewünschte Produktivität und damit Wettbewerbsfähigkeit nicht zu erreichen ist.

● Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gilt es, hohe Produktivitätsfortschritte zu ermöglichen, um ein hohes Lohnniveau, soziale Sicherheit und Sicherheit der Arbeitsplätze gleichzeitig zu gewährleisten. Daraus ergeben sich sowohl für die Tarifpartner als auch für das unternehmerische Management gesamtwirtschaftliche Verpflichtungen.

● Der Grundgedanke der Partnerschaft in der Sozialen Marktwirtschaft muß auch darin seinen Ausdruck finden, daß die Arbeitnehmer stärker als bisher Beteiligungsrechte an den Unternehmen halten. Dies stärkt nicht nur die Eigenkapitalbasis, sondern auch die Identifikation der Arbeitnehmer mit unserer Wirtschaftsordnung. Wir appellieren an die

Tarifpartner, die vom Gesetzgeber angebotenen Fördermöglichkeiten auszu-schöpfen und eigene vermögenspolitische Aktivitäten in den neuen wie den alten Bundesländern zu ergreifen.

● Wir begrüßen das vom Bundesfinanzminister vorgestellte Konzept zur Unternehmensteuerreform, in dem eine Absenkung der Höchststeuersätze für Gewerbesteuerpflichtige beabsichtigt ist und das durch die Kürzung von Abschreibungen aufkommensneutral gestaltet werden soll.

Gerade die im internationalen Vergleich hohen Spitzensteuersätze stellen ein psychologisches Investitionshemmnis für ausländische Investoren dar. Deshalb dient die Absenkung der Höchststeuersätze für Gewerbesteuerpflichtige der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit der Sicherheit der Arbeitsplätze.

● Wir wollen flexiblere Arbeitszeitformen. Dies gilt sowohl für Maschinenlaufzeiten — unter Wahrung des Wochenend-

Mehr Flexibilität

schutzes, vor allem aber des Sonntages — als auch für individuelle Formen von Arbeitszeitgestaltung. Dieser Weg zu mehr Flexibilität darf allerdings nicht zu mehr ungeschützten Arbeitsverhältnissen führen. Im Gegenteil: Wir wollen zur ursprünglich durch das Recht gewollten Ausnahmeregelung zurück. Die derzeitige Situation ist sowohl unter Wettbewerbsgesichtspunkten verzerrend als auch unter sozialen Gesichtspunkten vom Gesetzgeber nicht wünschenswert.

In der Arbeitsvermittlung brauchen wir eine höhere Effizienz. Wir begrüßen deshalb laufende Modelle, die teils durch die Arbeitsverwaltung selber, teils in Kooperation mit anderen versuchen, diese Effizienz zu erhöhen.

● Die Sicherung des sozialen Friedens ist unverzichtbar. Zu diesem sozialen Frieden gehört als wesentlicher Bestandteil ein ausgebautes System sozialer Sicherheit. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte muß darauf hingewiesen werden, daß der Anteil der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt im Zeitraum von 1982 bis 1990 um rund vier Prozent zurückgegangen ist. Dies entspricht einer Entlastung von rund 95 Milliarden DM allein im laufenden Jahr. Allerdings sind

Umbau statt Ausbau

die Sozialleistungen nominal um ein Drittel auf über 700 Milliarden DM angestiegen. Dies zeigt: Die CDU hat den Sozialstaat nicht ab-, sondern umgebaut.

Angesichts der neuen Herausforderungen in Deutschland muß dem Prinzip „Umbau statt Ausbau“ zur Sicherung des sozialen Friedens Vorrang eingeräumt werden. Gleichzeitig halten wir die weitere Verbesserung des Familienlastenausgleichs sowie die Einführung der Pflegeversicherung für wünschenswert und notwendig.

Eingriffe in das soziale Netz sind zur Konsolidierung der Finanzen nicht zweckdienlich. Wer dies fordert, verkennt die herausragende Funktion unseres sozialen Netzes. Es schützt alle Bürger in Deutschland vor den Risiken, die der einzelne nicht zu tragen vermag.

Zitat

Das Musterland der Bürokratie ist Nordrhein-Westfalen. Bis einer hier seine Fabrik aufmachen kann, hätte er in Portugal schon die ersten Pensionäre.

Norbert Blüm

Hochschulpolitik auf dem Prüfstand

Das Bundeskabinett hat am 7. Oktober – auf ausdrücklichen Wunsch des Bundeskanzlers – einen Bericht des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland beraten.

Damit werden erneut Hochschulprobleme und Maßnahmen zur notwendigen Verbesserung im Kabinett diskutiert, nachdem die Bundesregierung durch drei Hochschulsonderprogramme seit 1989 den vorrangig verantwortlichen Ländern rund fünf Milliarden Mark zusätzliche Bundesmittel zur Schaffung weiterer Studienplätze, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und von Frauen in Wissenschaft, zur Stärkung der Fachhochschulen und insbesondere zur Erneuerung der Hochschulen in den neuen Ländern bereitstellte.

Geld allein reicht nicht mehr zur Lösung der Hochschulkrise. Strukturreformen, zu denen mittlerweile auch die Hochschulrektorenkonferenz bereit ist, sind längst überfällig.

Den derzeit rund 1,8 Millionen Studierenden an über 300 Hochschulen stehen lediglich rund 900.000 ausgebaute Studienplätze zur Verfügung. Die durchschnittliche Verweilzeit an Universitäten ist auf inzwischen 14,6 und an Fachhochschulen auf 9,2 Semester gestiegen. Der Anteil der Studienabbrecher ist hoch (im Durchschnitt über 25 Prozent) und steigt weiter. In einigen Studiengängen machen über 60 Prozent der Studienanfänger keinen Abschluß. Die Zahl der Studienanfänger ist seit dem Offenhaltungsbeschluß 1977 um 72,8 Prozent, die des wissenschaftlichen Personals nur um sechs Prozent gestiegen. Die Zahl der Studienanfänger nahm von rund 165.500 in 1977

auf 285.210 in 1990 zu. Die Studienanfangsquote in Prozent des Durchschnittsjahrganges der 19- bis unter 21jährigen stieg von 19,7 in 1985 auf 35,8 Prozent in 1990. Während die Studentenzahl insgesamt explodierte, blieb die Zahl der Hochschulabsolventen vergleichsweise konstant.

An unseren Massenhochschulen studieren heute junge Leute in Strukturen, die sich für wesentlich kleinere Hochschulen eignen, an denen wesentlich kleinere Anteile eines Altersjahrganges studieren und die sich vor allem an anderen Ausbildungszielen und -notwendigkeiten orientieren, als sie heute von Hochschulen erwartet werden: Die Ausbildung eines wissenschaftlichen Nachwuchses oder

Von Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister für Bildung und Wissenschaft

einer schmalen intellektuellen Elite ist den Anforderungen einer breit angelegten Berufsausbildung auf wissenschaftlichen Niveau gewichen.

Die Bundesrepublik hat nicht zu viele Hochschulabsolventen. Aber die Frage muß gestellt und beantwortet werden, ob

- die Hochschulstruktur den Bildungs- und Ausbildungswünschen der jungen Leute wie den Arbeitsmarkterfordernissen Rechnung trägt,
- mit Blick auf die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems Konkurrenz und Wettbewerb in und zwischen den Hochschulen ausreichen,
- durch die Wiederherstellung bzw. Steigerung der Autonomie der Hochschulen

die Effizienz eingesetzter Ressourcen verbessert werden kann.

Die Diskussion im Bundeskabinett ist ein wichtiger Beitrag zu einer längst überfälligen, auch die anderen Sektoren des Bildungswesens und die Schnittstellen dazwischen berücksichtigenden hochschulpolitischen Diskussion.

Bund und Länder müssen

- einen ersten berufsqualifizierenden Abschluß an Universitäten grundsätzlich nach acht Semestern ermöglichen,
- Fachhochschulen vorrangig ausbauen und dabei auch Ressourcen von Universitäten auf Fachhochschulen verlagern,
- die Zahl der Studienplätze ausbauen und die Personal- und Sachausstattung verbessern,
- überzeugende Ausbildungsalternativen für Abiturienten anbieten durch Ausbau von Berufsakademien und dualen Ausbildungsangeboten im tertiären Bereich.

Von besonderer Bedeutung in dem Zusammenhang ist der vom Bundesminister des Innern zugesagte Bericht zur Sicherung der Funktions- und Wettbe-

werbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, in dem auch die Frage der Eingangsbeholdung für Fachhochschulabsolventen geprüft werden soll.

Bei der jetzt weiterhin notwendigen Sichtung von Problemen im Hochschulbereich und zu erarbeitenden Lösungsvorschlägen im Detail muß es eine umfassende Bestandsaufnahme geben, bei der es keine politischen Tabus geben darf. Wer das Überleben der deutschen Hochschulen als herausragender Stätten von Forschung und Lehre sichern will, muß überholte Strukturen und Denkgewohnheiten durch Innovationen überwinden.

Dann — aber eben auch erst dann — wird ein Gespräch des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten unter Beteiligung von Organisationen der Wirtschaft und Wissenschaft zu grundsätzlichen Fragen der Bildungs- und Forschungspolitik die entstandenen Probleme aufgreifen und — in gesamtstaatlicher Verantwortung — zu den bildungs- und auch finanzpolitischen Schlußfolgerungen führen, auf die der Standort Deutschland angewiesen ist.

Grundstein für Bayer-Werk in Bitterfeld gelegt

Der Grundstein für ein neues ostdeutsches Werk der Bayer AG (Leverkusen) ist am 12. Oktober in Bitterfeld gelegt worden. Rund 750 Millionen DM investiert der nach eigenen Angaben viertgrößte Chemiekonzern der Welt in die Produktionsstätte in Sachsen-Anhalt.

Bis 1994/95 sollen in der Tochter-Gesellschaft Bayer Bitterfeld GmbH 750 Arbeitsplätze geschaffen werden, sagte Pol Bamelis, Vorstandsmitglied der Bayer AG. Ebenso viele Stellen sollen in externen Betrieben neu entstehen oder gesichert werden, auf

deren Dienstleistungen Bayer zurückgreifen will.

Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel wertete die Großinvestition als ein ermutigendes Signal für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Region Bitterfeld und in Ostdeutschland.

In Bitterfeld sollen auf dem 53 Hektar großen Gelände am Rande der Chemie AG Bitterfeld-Wolfen ein Lackharz-Betrieb, ein Betrieb für pharmazeutische Erzeugnisse, für Haut- und Körperpflegemittel sowie Methylcelluloseproduktion entstehen.

Studienzeiten verkürzen und die Lehre an den Hochschulen verbessern

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Georg Göltner, hat am 8. Oktober ein Aktionsprogramm zur Studienzeitverkürzung und zur Verbesserung der Lehre an den deutschen Hochschulen vorgelegt.

Zielsetzung des Aktionsprogramms ist es, daß möglichst viele Studenten den ersten berufsqualifizierenden Abschluß in ihrer Regelstudienzeit erreichen können. Hierfür ist notwendig eine umgehende Inangriffnahme der Änderung der Studienstrukturen in Deutschland, wie sie seit einiger Zeit übereinstimmend vom Wissenschaftsrat und von der Hochschulrektorenkonferenz gefordert wird. Angesichts überfüllter Hochschulen ist eine Veränderung des Universitätsstudiums in Deutschland dringend notwendig. Hierzu muß ein Gesamtkonzept aller Verantwortlichen für die Hochschulpolitik eingeleitet werden:

Verbesserung der Studienberatung an Schulen, Universitäten und Fachhochschulen

Erwartungen und Ansprüche der Universitätsstudien und der Fachhochschulstudien müssen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zumindest in Umrissen bekannt sein. Die Schulen müssen verpflichtet werden, bereits bei Eintritt in die Sekundarstufe II der Gymnasien auf die wichtige Bedeutung einzelner Fächer hinzuweisen. So ist z. B. ein Mathematik-Leistungskurs in den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern für den Studienerfolg in der Regel unabdingbar. An den Universitäten und Fachhochschulen muß eine exakte Beratung über die Anforderungen und Ziele des Studienganges, vor

allem durch Einführungsveranstaltungen, durchgeführt von erfahrenen Professoren, angeboten werden.

Überprüfung der Studieninhalte

Jeder Studiengang ist — soweit noch nicht geschehen — unter der Berücksichtigung des Ausbildungs- und Studienziels im einzelnen auf Studieninhalte und Lehrangebot zu überprüfen. Für alle Studiengänge sind übersichtliche Studienordnungen und Studienpläne zu erstellen, die konsequent auf die jeweiligen Anforderungen abzustimmen sind. Das Grundstudium ist durch eine Vorgabe der Abfolge von Lehrveranstaltungen zu strukturieren.

Überprüfung von Studienleistungen

Engpässe und Wartezeiten bei Seminaren, Übungen und Praktika führen oft zu Wartezeiten. Geforderte Leistungen, wie Seminararbeiten und Klausuren, nehmen Studierende oft so lange in Anspruch, daß andere notwendige Leistungen unterbleiben und sich dadurch das Studium unzumutbar verlängert. Deshalb ist die Zahl der Pflichtnachweise für die Zulassung zu Prüfungen zu überprüfen.

Verantwortung der Fachbereiche für Lehrangebot und Lehrleistung

Eine Verbesserung des Lehrangebotes und der Lehrleistung muß sich vor allem in der Verantwortung der Fachbereiche bzw. Fakultäten vollziehen. Die CDU schlägt vor, zur Unterstützung des Dekans und des Fachbereichsrates mehrjährig amtierende Fachbereichsbeauftragte für die Lehre zu wählen und Studienkommissionen zu bestellen. Zur Verbesserung der Transparenz von Studium,

Lehre und Prüfungen soll jede Universität jährliche Berichte der Fachbereiche bzw. der Fakultäten veröffentlichen, welche die wichtigsten studienspezifischen Daten enthalten, wie Fachstudiendauer bis zur Diplomprüfung, Studienabbrucher, Absolventenquote und Notenverteilung bei den Prüfungen. Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik schlägt vor, Befragungen von Studierenden bezüglich der Bewertung der Lehrqualität überall einzurichten. Dozenten sind anzuhalten, sich durch Semesterabschlußgespräche bei den Studierenden über Ablauf und Erfolg der Lehrveranstaltung zu vergewissern.

Verbesserung der Prüfungsorganisation sowie Straffung des Prüfungsverfahrens

Trotz aller Bemühungen, die Prüfungsorganisation wie das Prüfungsverfahren zu verbessern, geht in der Examensphase nach wie vor viel Zeit verloren. Hiergegen könnten folgende Schritte Abhilfe leisten:

- Überprüfung der Anzahl und Terminierung der Prüfungsleistungen;
- Vergabe und Abgabe von prüfungsrelevanten Arbeiten zu festgelegten Terminen;
- Begrenzung der Thematik und Abstimmung des Umfangs der Abschlußarbeit auf die vorgegebene Bearbeitungsfrist;
- frühzeitige Festlegung von Prüfungsterminen;
- Wiederholungen von Fachprüfungen zu einem von vornherein festgelegten Prüfungstermin, möglichst noch im gleichen Semester.

Stärkere Berücksichtigung pädagogischer Fähigkeiten im Habilitationsverfahren und im Berufungsverfahren von Professoren

Stärker als in der Vergangenheit ist bei

der Habilitation und im Berufungsverfahren neben der Qualifikation des Bewerbers bzw. der Bewerberin in der Forschung auch auf die Fähigkeit zu achten, eigene und fremde Forschungsergebnisse darzustellen und in ansprechender Form zu vermitteln.

Anreize für Studenten zu einem früheren Studienabschluß

Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU fordert Anreize zur früheren Beendigung des Studiums. Studiengebühren für Langzeitstudierende und Exmatrikulation jenseits einer festgelegten Regelstudienzeit würden die Situation der Hochschulen nur gering verändern. Viel effektiver sind folgende Maßnahmen:

- Übertragung einer sogenannten „Freischußregelung“ auf alle geeigneten Hochschul- und Staatsexamina;
- Aufnahme der Fachstudiendauer in das Abschlußzeugnis auf Antrag des Studenten;
- jährliche Auszeichnung von Studenten, die den Abschluß innerhalb der Regelstudienzeit mit überdurchschnittlichen Ergebnissen erreicht haben.

Anreize für Professoren und für Hochschulen zur Intensivierung der Lehre

Nicht nur die Forschung soll prämiert werden, sondern auch die Lehre. Deshalb regt der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU an:

- jährliche Auszeichnung für besonders herausragende Lehrleistung durch den zuständigen Landesminister auf Vorschlag des Senates der jeweiligen Hochschule;
- Anregungen an Stiftungen und Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, besonders wichtige Beiträge für die Lehre, wie Lehrbücher, dem Studium besonders förderliche Schriften oder

Materialien in besonderer Form auszuzeichnen.

Daß innerhalb der Hochschule die Mittel im Forschungsbereich zumindestens in Teilen leistungsbezogen vergeben werden, wird immer selbstverständlicher. Auch im Bereich der Lehre sind leistungsbezogene Vergabeverfahren zu entwickeln.

Als Kriterien kommen hierfür in Betracht:

- ▶ die durchschnittliche Studiendauer,
- ▶ die Zahl der Absolventen innerhalb der Regelstudienzeit,
- ▶ die Beurteilung der Qualität der Lehre in der Verantwortung der Fachbereiche unter der Beteiligung der Studierenden.

Weiterentwicklung des Hochschulsystems in Deutschland

Die Verkürzung der Studiendauer und die Verbesserung der Qualität der Lehre

Empörung über das Flensburger Urteil

Die Anwesenheit von Behinderten im Hotel juristisch als „Mangel einer Reiseleistung“ zu bezeichnen, hat bei den Fremdenverkehrspolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion absolutes Unverständnis und tiefe Empörung ausgelöst. Statt behinderte Mitbürger zu diskriminieren, sollten wir den Urlaub für Behinderte erleichtern und fördern.

Es ist ein unglaublicher Vorgang, daß das Amtsgericht Flensburg der Klage von deutschen Urlaubern stattgegeben hat, die sich im letzten September von der Anwesenheit einer Gruppe Behinderter in ihrem Hotel in der Türkei belästigt fühlten. Der Reiseveranstalter muß nun Schadensersatz für diesen „Reisemangel“

hängen auch davon ab, ob unser Hochschulsystem sinnvoll weiterentwickelt wird. Notwendig sind hierfür

- ▶ der Ausbau der Fachhochschulen,
- ▶ der Ausbau berufsintegrierender Studiengänge,
- ▶ die Gründung von Berufsakademien,
- ▶ die Neuregelung des Hochschulzuges und
- ▶ die Personalstrukturreform über Neubesetzung der Lehrstühle.

An den Universitäten ist eine Änderung der Studienstruktur unabdingbar. Zielsetzung muß eine Aufteilung und Abstimmung zwischen Grundstudium, wissenschaftlichem Aufbau- und Vertiefungsstudium sowie berufsorientiertem Weiterbildungsstudium sein.

Universitäten und Fachhochschulen müssen in einem Weiterbildungskonzept Angebote für besonders qualifizierte Berufstätige entwickeln, die ihre Kenntnisse wissenschaftlich aktualisieren und erweitern wollen. ■

zahlen. Für die CDU/CSU ist die Eingliederung behinderter Mitbürger in die unterschiedlichsten Lebensbereiche ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel. Die Teilnahme an Urlaubsreisen in Deutschland und im Ausland gehört natürlich ohne jede Einschränkung dazu.

Rolf Olderog, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: So setzen wir uns dafür ein, z. B. in den Fremdenverkehrsgebieten touristische Bauten behindertengerecht zu gestalten oder Reisen mit der Bundesbahn und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln zu erleichtern. Schon bei der Planung sollten alle Verantwortlichen frühzeitig die Bedürfnisse Behinderter berücksichtigen. ■

Wegweiser

Berufliche Bildung

Studium

Weiter- bildung

**in den neuen
Bundesländern**

● **Faltblatt: Wegweiser – Berufliche Bildung in den neuen Bundesländern**

Bestell-Nr. 2526

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je Einheit: 10,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328, 4804 Versmold

Kein neuer Nachrichtenkanal für ARD und ZDF

Zur Diskussion um einen neuen öffentlich-rechtlichen Nachrichtenkanal erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU, Bernd Neumann:

In einer Zeit, wo ARD und ZDF sich in einer ihre Existenz bedrohenden Finanzkrise befinden, ist es nicht akzeptabel, wenn diese ihr Programm mit zusätzlichen Nachrichtenkanälen ausweiten oder sich an anderen Nachrichtenkanälen beteiligen würden.

Der Expansionskurs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten darf nicht fortgesetzt werden. Im Gegenteil: Es muß über eine Reduzierung beziehungsweise Zusammenlegung der Satellitenkanäle nachgedacht werden.

Mit guten Gründen haben die Öffentlich-Rechtlichen von einer Beteiligung an Euronews abgesehen. Im übrigen planen bekanntlich mehrere private Fernsehanbieter, Nachrichtenkanäle einzurichten (VOX und n-tv), so daß sich die Frage nach einem zusätzlichen Angebot durch öffentlich-rechtliche Anstalten gar nicht stellt. Durch das Angebot der Privaten kann die Versorgung der Bürger in ausreichendem Maße gewährleistet werden, falls überhaupt ein dementsprechender Bedarf besteht.

Im übrigen sollte es bei der Trennung von öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehanbietern bleiben, weil eine Vermischung den Grundsätzen des dualen Systems widerspricht und Gebühren zweckentfremdet würden. Deshalb ist eine Zusammenarbeit von ZDF und CNN in hohem Maße problematisch.

Auf lokalen Sachverstand und auf Bürgernähe nicht verzichten

Der Bundesfachausschuß Europapolitik hat unter dem Vorsitz von Bernhard Sälzer MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, auf seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Artikel 198 A des Vertrages von Maastricht sieht vor: „Es wird ein beratender Ausschuß aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, nachstehend ‚Ausschuß der Regionen‘ genannt, errichtet.“ Deutschland kann für diesen Ausschuß der Regionen 24 Mitglieder benennen.

Die Regierungschefs der Länder haben beschlossen, daß in dem Ausschuß der Regionen nur Vertreter der Länder entsandt werden dürfen. Sie sprechen sich darüber hinaus für die Beibehaltung des Beirates der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der EG-Kommission aus. Die kommunalen Spitzenverbände beanspruchen eine angemessene Vertretung im Ausschuß der Regionen.

Vor diesem Hintergrund schlägt der Bundesfachausschuß Europa vor, von den 24 durch Deutschland zu benennenden Vertretern im Ausschuß der Regionen sollen 16 auf die Länder und 8 auf die kommunalen Spitzenverbände entfallen. Das Vorschlagsrecht liegt bei den jeweils Entsendenden. Der Ausschuß der Regionen soll beratend bleiben, da die gewählten Vertreter der Regionen die Abgeordneten im Europäischen Parlament sind.

Zur Begründung:

Der Vertragstext von Maastricht spricht eindeutig von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften. Ein Ausschluß

der lokalen Gebietskörperschaften in Deutschland ist nicht nur ein Verstoß gegen den Wortlaut des Vertrages, sondern auch den Geist des grundgesetzlich garantierten Rechts auf kommunale Selbstverwaltung. Die Städte, Kreise und Gemeinden sind von zahlreichen Richtlinien, Verordnungen und Programmen der EG unmittelbar betroffen. Sie müssen deren Entwürfe rechtzeitig erfahren und durch ihre Beteiligung im Ausschuß der Regionen mitgestalten und beeinflussen können.

Die ca. 16.000 deutschen Kommunen haben dem europäischen Einigungswerk

Die kommunalen Spitzenverbände beanspruchen angemessene Vertretung im Ausschuß der Regionen.

bisher unverzichtbare Impulse gegeben, u. a. durch die mehr als 5.000 lebendigen Städte-, Kreis- und Gemeindeparterschaften in Europa. Damit haben die „lokalen Gebietskörperschaften“ unzählige Menschen aus den EG-Partnerländern unmittelbar zusammengeführt. Diese Tatsache allein schon verbietet, sie von der in Maastricht gewollten Mitwirkung auszuschließen. Es wäre auch politisch unklug, auf diesen lokalen Sachverstand und das besondere Element der Bürgernähe zu verzichten.

Insbesondere auf deutschen Druck ist in den Vertrag von Maastricht im Artikel B das Subsidiaritätsprinzip als Grundlage für die Europäische Union fest verankert worden. Das im Vertrag fest vereinbarte Prinzip der Subsidiarität muß auch im Verhältnis zwischen Ländern und Kommunen in Deutschland gelten. ■

Rita Süßmuth:

Es ist unsere Aufgabe, mit dem Ja zu Europa voranzugehen

Unsere Debatte findet in einer europapolitisch schwierigen, aber ganz wichtigen Zeit statt. Da gibt es Wetterleuchten über Europa, da gibt es Ängste und Widerstände. Aber ich stehe hier und sage für dieses Parlament und für unsere Fraktion: Was wir brauchen, ist Europabegeisterung, begleitet von nüchterner Analyse, sonst kann sie sich auch auf die Menschen nicht übertragen.

Gestern war in der „Neuen Zürcher“ für die Schweizer zu lesen: „Was wir brauchen, ist emotionale Europafähigkeit, Entscheidung zum Risiko und nicht Warten, bis dieses Europa fertig ist.“

Monnet hat uns vorausgesagt: Je näher dieses Europa kommt, desto größer werden die Widerstände, je mehr der Traum in Erfüllung geht, desto mehr besteht die Gefahr, daß er an Energie und Kraft verliert. Aber unsere Aufgabe ist es, diesen Traum nicht erschaffen zu lassen, sondern zu sehen, daß Europa wichtiger ist denn je.

Wenn wir zurückblicken, aber auch wenn wir in die Zukunft blicken, müssen wir uns fragen: Wo stünden wir denn heute als Deutschland ohne den Zusammenschluß freier Völker in Europa?

Wer hat uns denn Vertrauen gegeben? Was wären wir ohne die deutsch-französische Aussöhnung, ohne ein geeintes Deutschland mit der Verpflichtung für ein geeintes Europa? Wollen wir denn jenen die Hoffnung nehmen, die sie in uns gesetzt haben, für die sie jahrelang in den sozialistischen Ländern im Wider-

stand gelebt haben, um ein freies Europa zu schaffen? Dies könnten wir überhaupt nicht verantworten.

In der Zeit des Kalten Krieges, in der Zeit der Teilung Europas war es uns selbstverständlich, für Europa einzutreten. Ich verschweige nicht, daß es auch in den 60er und 80er Jahren Rückschläge in Europa, daß es Eurosklerose gegeben hat.

Wer hat den europäischen Prozeß denn immer wieder vorangetrieben, z. B. mit der Einheitlichen Europäischen Akte? Das war eine Zeit der Eurosklerose. Ich denke, hier kann ich den Bundeskanzler nennen, der auch immer wieder dieses festgefahrene Schiff flottgemacht hat.

Angesichts der epochalen Wende, die das Jahr 1989 darstellt, brauchen wir Europa

Aus der Rede der Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in der Europadebatte im Deutschen Bundestag über das Vertragswerk von Maastricht am 8. Oktober 1992

nicht nur dringlicher, sondern wir brauchen es auch schneller.

Minister Kinkel hat zu Recht gesagt, ohne Europa sähe es wahrscheinlich in der Jugoslawien-Frage noch schlechter aus. Aber meine Antwort ist: Für die Frage der Kriegsbeendigung und der Ver-

hinderung weiterer Kriege — glauben wir nicht, daß wir in ein allgemeines Friedensstadium übergegangen sind — ist der Zusammenschluß Europas eine ganz harte, unabwendbare und unverzichtbare Notwendigkeit.

Der Frieden, den wir für uns wollen, den wir über 40 Jahre gehabt haben, ist doch eine Verpflichtung für andere. Spüren wir denn nicht, wie dringlich mehr europäische Handlungsvollmachten sind? Wir sollten daher weniger denken: Was nützt und schadet es mir im nationalen Eigenverständnis? Dies ist nicht der Zeitpunkt für ein Verharren in Nationalitäten und Nationalsozialismus, sondern für ein starkes, jeweils bestimmtes patriotisches, aber europäisches Handlungsverständnis, das es uns möglich macht, Probleme zu lösen.

Nur gemeinsam

Wir sind nicht in der Lage, die Umweltprobleme, die Sozialprobleme, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme allein zu lösen, und schon gar nicht den Nord-Süd-Konflikt. Deswegen sage ich, auch mit Blick auf die Stabilisierung der Demokratie: Mehr Schutz der Minderheiten in Demokratien, Lösung des Problems der Weltflüchtlingsströme — wenigstens schrittweise —, dies alles können wir nicht alleine, sondern nur gemeinsam bewältigen.

Bei der Frage, was wir verlieren, möchte ich nicht nur in Erinnerung rufen, was wir gewonnen haben, sondern auch die Frage stellen: Wer, wenn nicht die freien Völker auf der Grundlage von Demokratien, will sich zusammenschließen und gemeinsam entscheiden, statt jeder für sich allein?

Wir haben längst unseren Einfluß in die anderen Nationen mit eingebracht, bestimmen dort mit, als daß wir sagen könnten: Wir geben etwas ab. Im Gegen-

teil: Ich glaube, daß uns gerade das, was jetzt in den kritischen Auseinandersetzungen mit dem sehr schwierigen Vertragswerk von Maastricht deutlich geworden ist, in Europa voranbringt, und zwar demokratisch, im föderativen Verständnis von Europa, in der Durchsetzung von Subsidiarität.

Haben wir denn vergessen, wie es noch vor zwei oder drei Jahren war, als alle meinten, daß sei eine deutsche Idee? Nur weil ihr den Föderalismus habt, wollt ihr ihn für uns auch als alleinseligmachende Methode. Heute verlangen ihn alle mehr denn je.

Subsidiarität ist etwas, was nicht nur in Aussicht gestellt worden ist. Delors, der immer häufiger von der Vision Europa spricht, von der „aventure“, sagt sehr klar: Wir brauchen die Klarstellung in bezug auf das, was Europa, was Brüssel wieder an die Einheiten abzugeben hat, die dafür zuständig sind.

Ich denke, daß auch zu dem, was eben angesprochen worden ist — Klarstellung des Maastrichter Vertrags — bereits außerhalb und innerhalb des Parlaments — auch heute morgen — klärende Worte gesagt worden sind.

Sie haben vorhin die Frage der 18 Abgeordneten angesprochen. Nach meinem Wissensstand sieht es anders aus, es sei denn, der Bundeskanzler würde das hier widerrufen.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Abgeordnete Dr. Süßmuth, der Abgeordnete Helmut Kohl möchte gerne eine Zwischenfrage stellen. Ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind.

Rita Süßmuth: Bitte schön.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter Kohl.

Helmut Kohl: Frau Abgeordnete, würden

Sie mir darin zustimmen, daß es eine gute Sache ist, daß sich die Bundesregierung in voller Übereinstimmung mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages auf Vorschlag des Europäischen Parlaments dafür einsetzen wird, daß die Kollegen aus den neuen Bundesländern nach der Neuwahl im nächsten Europäischen Parlament volles Stimmrecht haben werden, und daß wir eine große Chance haben, dies bei unseren europäischen Partnern auch durchzusetzen?

*(Beifall bei der CDU/CSU
und der FDP)*

Rita Süsmuth: Darin kann ich Ihnen nur zustimmen. Sie alle wissen, daß es ein schwieriger Prozeß war, die Zulassung der Beobachter durchzusetzen, daß gerade unmittelbar nach Maastricht unentwegt über diesen Punkt verhandelt worden ist. Ich füge hinzu: Ich gehe davon aus, Herr Bundeskanzler, daß diese Frage für die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern ganz wichtig ist: denn sie wollen Europa im Europäischen Parlament vertreten.

Was uns überzeugt, sind die Ergebnisse: denn 1994 ist nicht mehr weit und die Mandatsaufstellung ebenfalls nicht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal auf das verweisen, was ich zu dem Umgang mit den Ängsten der Menschen und über die emotionale Europafähigkeit der Menschen gesagt habe. Von Brüssel und Straßburg gehen Entscheidungsakte aus, die die Menschen bis in die kleinste Gemeinde bewegen. Ob es die Kriminalitätsbekämpfung, die Drogenbekämpfung als ein Teil der Kriminalitätsbekämpfung ist, ob es gemeinsame Beschlüsse in bezug auf Hilfen für die Fliehenden und den Erhalt der Rechte der politisch, rassisch, religiös Verfolgten sind, all dies sind wichtige Akte ebenso wie der gemeinsame Beschluß, daß wir Regelungszuständigkeiten, die wir auf

Europa übertragen hatten, zurückgeben. Dies wird das Europa der Bürger aufbauen.

Denn es ist zu Recht gefragt worden: Haben wir das eigentlich schon, oder sind wir zwar fähig, die Produkte als europäisch zu bezeichnen, aber nicht fähig, das Europa der Bürger wirklich voranzutreiben? Deswegen kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß wir das kommunale Wahlrecht im Rahmen einer Europäischen Union brauchen und jetzt verankern müssen.

Freizügigkeit in bezug auf den Arbeitsplatz muß eine Selbstverständlichkeit sein. Aber wir haben all diese Freiheiten längst konsumiert und bewerten sie als Nichts, während wir uns jetzt nur noch fragen: Wovor muß ich mich schützen, nachdem ich alle Freiheiten habe?

Im übrigen gilt für das Europa der Bürger, der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie der Arbeitgeber, daß wir eines, was für Bonn gilt, auch auf Straßburg und Brüssel übertragen müssen. Den großen Herausforderungen unserer Zeit werden wir nur mit einem Menschenverständnis gerecht werden können, in dem zwei Vokabeln wieder maßgeblich sind: Kreativität und Verantwortung der Menschen.

Wenn wir meinen, dieses Europa sei zu bauen, indem ein allmächtiger Staat oder eine übermächtige Kommission und Bürokratie den Menschen die Verantwortung nimmt, erfahren wir, daß dies nicht Zustimmung, sondern mehr Verdruß und Ablehnung schafft. Ich finde, wir sollten gerade in diesem Prozeß wissen: Wer die Menschen falsch einschätzt, erleidet damit Schiffbruch. Geben wir uns nicht damit zufrieden, zu sagen: Das war ein sozialistisches Menschenbild. Laufen wir auch im Westen nicht Gefahr, die Eigen-

verantwortung und die Kreativität des Menschen nicht mit allen Kräften zu stärken. Dies brauchen wir im eigenen Land und in Europa.

Ich möchte im Rahmen meiner Rede noch einmal etwas sagen, was seit Jahren selbstverständlich sein müßte. Wir mögen uns seit 1957 und im Rahmen langwieriger Vertragsverhandlungen an das Europa der Regierungen gewöhnt haben. Aber diese Zeit ist vorüber. Es ist ganz deutlich, daß wir uns unverdrossen und unbeirrt auf allen Ebenen für das demokratische Europa einsetzen.

Dies bedeutet auch, daß wir die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament nicht gegeneinander ausspielen.

Falsch wäre es, nun zu antworten: Das Europäische Parlament stärken wir in 40 Jahren, und bis dahin haben wir nur die nationalen Parlamente. Die nationalen Parlamente brauchen eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament. Sie haben ihren Einfluß auf die nationalen Regierungen auszuüben.

Wir erwarten, wenn es um die Rechte und Zuständigkeiten der Länder geht, daß auch die Rechte des Deutschen Bundestages klar geregelt werden. Denn nur ein in Europafragen engagiertes Parlament kann auch engagiert und aktiv mitwirken.

Wenn wir in diesem Zusammenhang sehen, wie wichtig es den Bürgern ist, nicht aus der Ferne regiert zu werden, wie sie immer deutlicher machen, daß die überschaubaren Einheiten erhalten bleiben müssen, da sie sonst die großen nicht verkraften, dann ist es bei den Dingen, die nur im Großen geregelt werden können, noch wichtiger zu sehen, daß Menschen aus Gegenden, aus Regionen kommen, und es in diesen Gegenden einen

bestimmten Menschenschlag, eine Landschaft, eigene Produkte und ein eigenes kulturelles Brauchtum gibt, die erhalten bleiben müssen.

In diesem Europa müssen zugleich das Gemeinsame und, wenn wir von Identität sprechen, das Unverwechselfbare unterstützt, erhalten und bekräftigt werden. Nur so wird Europa ein reiches Europa sein.

Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, daß wir aufhören sollten, mit dieser Wehleidigkeit und Verzagttheit an Europa heranzugehen und ständig unter den Menschen zu verbreiten — was sachlich nicht haltbar ist —, daß wir der Zahlmeister Europas sind, daß wir die Milchkuh sind. Ich muß Ihnen sagen, es gilt an diesem Tag, auch bei allen harten Verhandlungen in Verbindung mit dem Maastrichter Vertrag, nicht zu vergessen: Bevor wir die staatliche Einheit vollzogen hatten, hat die Europäische Gemeinschaft — voran Delors — Vereinbarungen für die damalige DDR mit Übergangsregelungen getroffen, mit denen sie voll einbezogen wurde in die Gemeinschaft.

Wir reden überhaupt nicht davon, welche Finanzmittel von der Europäischen Gemeinschaft in die neuen Länder fließen. Wir reden nicht davon, wieviel Geld wir allein über den Export zurückbekommen. Ich finde es wichtig, daß wir unter die Bevölkerung tragen, daß wir nicht der Zahlmeister sind, sondern durchaus Partner und Gewinner, damit endlich dieses Bild aus der Welt kommt.

Ich möchte Ihnen abschließend sagen: Wir werden in anderen Zeiten leben. Wir brauchen ein Europa, das schneller Perspektiven entwickelt für diejenigen, die

Tips zum Leben in Altenheimen

Eine neue Broschüre des Bundesfamilienministeriums gibt Tips für das Leben in Alten- und Pflegeheimen. Ministerin Hannelore Rösch empfiehlt älteren Menschen, sich rechtzeitig mit dem Thema zu befassen, damit sie selbst die Entscheidung fällen könnten, ob und wann sie gegebenenfalls in ein Heim umziehen wollen.

Die Broschüre gibt Empfehlungen zu den Problemen, die nach einer vom Ministerium in Auftrag gegebenen Untersuchung am häufigsten in Heimen auftreten. Um die als am schwersten empfundenen ersten Tage nach dem Einzug zu überbrücken, sollte ein anderer Bewohner als „Pate“ oder „Patin“ gefunden werden. Der häufige

Streitfall Verpflegung könne durch die Einbeziehung der Heimbewohner bei der Gestaltung des Speiseplans entschärft werden.

Die Broschüre gibt auch Ratschläge zum Umgang mit besonderen Ängsten wie der Begegnung mit verwirrten Mitbewohnern, Konflikten mit der Familie und Beschäftigung mit den Tabuthemen Tod und Sterben.

Die Broschüre „Daheim leben“ und eine frühere mit dem Titel „Ihre Rechte als Heimbewohner“ können kostenlos schriftlich beim Bundesministerium für Familie und Senioren, Postfach 20 1551, 5300 Bonn 2 angefordert werden.

jetzt nicht dazugehören: nicht nur diejenigen, die kurz vor Aufnahmeverhandlungen stehen, sondern gerade auch die EFTA-Staaten und die Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas, die Hoffnungen auf uns setzen.

Wenn wir sagen, die Einbindung Deutschlands ist gut für Deutschland, sie ist gut für unsere Nachbarn, sie ist gut für Europa, dann möchte ich diesen Satz erweitern: Sie ist gut nicht nur für Westeuropa, sondern gerade auch für Osteuropa.

Kritiker haben recht, die uns mahnen: Das, was an Instrumentarium bis 1989 taugte, taugt vielleicht nur noch bedingt für die Jahre 1990, 1992 oder 1995. Wir müssen uns mehr einfallen lassen. Da bin ich wieder beim Wort Kreativität.

Es stecken Risiken im Ja zu Europa. Politik hat den Auftrag,

die Risiken, soweit sie überschaubar sind, abzusichern. Heute morgen ist genügend zur Währungsunion, zu Art. 109 gesagt worden.

Ich denke, es ist unsere Aufgabe, das Wagnis auf uns zu nehmen und mit dem Ja zu Europa voranzugehen, nicht nur aus dem Kopf, sondern aus der tiefsten Überzeugung heraus, daß das der Demokratie, dem Frieden, dem freiheitlichen und mit mehr Wohlstand versehenen Zusammenleben der Völker dient. Dies ist ein Wechsel auf die Zukunft, den wir einzulösen haben. Ich möchte, daß wir daran begeistert und mit dem Herzen mitarbeiten.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Mit dem „Europäischen Polizeiamt“ gegen europaweit agierendes Verbrechen

Das Organisierte Verbrechen ist zu einem drängenden Problem der Inneren Sicherheit in Europa geworden. Wer vor einiger Zeit noch glaubte, das sei doch nur die Mafia in Italien, muß heute zur Kenntnis nehmen: Auch Westeuropa ist inzwischen zu einem bevorzugten Zielgebiet der Organisierten Kriminalität geworden.

Über den Umweg der Beschaffungskriminalität Rauschgiftsüchtiger führt die Ausdehnung des Organisierten Verbrechens auch zu einem starken Anstieg der Alltagskriminalität, die jeden Bürger in seinem Lebensumfeld bedroht. Noch herrschen in der Bundesrepublik nicht „italienische Verhältnisse“. Wir müssen jedoch mit allen Mitteln des wehrhaften Rechtsstaates den Einstieg in eine neue Dimension verhindern.

Der Bedrohung können wir nur mit einer gezielten Offensivstrategie auf nationaler und europäischer Ebene begegnen.

Erscheinungsformen des Organisierten Verbrechens

Das Organisierte Verbrechen ist in allen Kriminalitätsbereichen anzutreffen, die hohe Gewinne garantieren. Dies sind unter anderem:

- Drogenhandel
- Illegaler Waffenhandel und Schmuggel
- Schutzgelderpressung
- Organisierte Einbruchsserien und Hehlerei
- Diebstahl hochwertiger Güter, wie z. B. Kfz
- Schleusung von Ausländern

- illegales Glücksspiel und Prostitution, Kredit-, Scheck- und Kreditkartenbetrug
- neuerdings auch Umweltdelikte (Verschiebung von Umweltmüll u. ä.).

Organisationsstrukturen der Organisierten Kriminalität

Die Organisationsstrukturen der Kriminellen Syndikate sind insbesondere im Bereich des illegalen Drogenhandels in vielfacher Weise mit der Aufbau- und

Von Johannes Gerster, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ablauforganisation modern geführter legaler Wirtschaftskonzerne vergleichbar. Die „Ware“ Rauschgift wird von einer straff geführten und arbeitsteilig agierenden Organisation — ausgerichtet an einem bestehenden oder zu schaffenden Bedarf — kalkuliert, finanziert und unter Ausnutzung modernster Logistik produziert, transportiert und vertrieben. Hierfür werden häufig bestehende legale Firmenstrukturen — möglichst mit internationalen Verflechtungen — genutzt, Firmenbeteiligungen erworben oder gezielt Unternehmen aufgebaut.

Um das Syndikat vor dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden zu schützen, werden gezielt die Mittel

- der Abschottung und Konspiration
- der Vergünstigung und Korruption
- der Einschüchterung und Gewaltanwendung eingesetzt.

Man muß sich die Organisation eines Drogensyndikates z. B. etwa wie folgt vorstellen:

Auf der höheren Handelsebene sind es vornehmlich hochspezialisierte ethnisch geprägte Organisationen, die oftmals schon den Anbau und die Produktion steuern und den Transport des Rauschgiftes sowie dessen Absatz über einen in Europa eingerichtetes Stützpunkt- und Filialsystem organisieren und kontrollieren, ohne jedoch den Zwischen- und Einzelhandel übernommen zu haben. Das hohe Maß an nationalen, landsmannschaftlichen und familiären Bindungen der Syndikatsmitglieder untereinander macht es kaum möglich, Außenstehende in die Spitzenebene eines Syndikates einzuschleusen.

Auch auf der mittleren Handelsebene dominieren Organisationen, deren Mitglieder gleicher ethnischer Herkunft sind und nur im Ausnahmefall deutsche Staatsangehörige. Auf der unteren Handelsebene, die den Straßenhandel organisiert, finden sich sowohl deutsche Tätergruppen wie auch straff organisierte Ausländergangs.

Die Professionalisierung der höheren und mittleren Handelsebene setzt sich inzwischen auch als Trend auf der unteren Handelsebene fort. Gewerbsmäßiges Vorgehen, Konspiration, Brutalität, ausgefeiltes Sicherungsverhalten und feste Funktionszuweisungen an die Organisationsmitglieder kennzeichnen inzwischen auch schon den Kleinhandel mit harten Drogen.

Gewinne aus Organisierter Kriminalität/Geldwäsche

Durch Straftaten des Organisierten Verbrechens, insbesondere durch den internationalen Rauschgifthandel werden exorbitante Gewinne erzielt. So werden allein die Gewinne des internationalen

Rauschgifthandels im Jahre 1991 auf westlichen Märkten (Europa, Nordamerika) auf 200 Mrd. DM beziffert.

Zum Vergleich: die Gewinne der zehn größten deutschen Unternehmen (Daimler-Benz, Volkswagen, Siemens, Fewa, Hoechst, Tengelmann, BASF, DBB-Telekom, RWE, Bayer) betragen 1991 11,47 Mrd. DM. Dies entspricht 5,7 Prozent der Gewinne des internationalen Rauschgifthandels.

Die Anstrengungen internationaler Syndikate, verbrecherisch erwirtschaftetes Kapital in den legalen Wirtschafts- und Finanzkreislauf einzuschleusen und damit zu waschen, sind in den letzten Jahren intensiviert worden. War es früher das primäre Ziel der Geldwäscher, die Herkunft ihrer gewaltigen Bargeldströme durch Umwandlung von Bar- in Buchgeld zu „legalisieren“, steht heute die gewinnbringende Investition des „erwirtschafteten Kapitals“ im Vordergrund. Dabei machen sich die Verbrechenssyndikate zahlreiche, in den letzten Jahren neu entwickelte Finanzinstrumente (z. B. Term Handel im Devisen- und Wertpapiergeschäft, Optionsgeschäfte) sowie die immer enger werdende internationale Verflechtung der Finanzmärkte zunutze.

Der europäische Binnenmarkt mit seinem grenzlosen Austausch von Kapital, Gütern und Dienstleistungen übt auf die internationalen Verbrechenssyndikate sowohl als Absatzmarkt wie auch als „Investitionsstandort“ starke Anziehungskraft aus. Dem muß eine Abwehrstrategie gegen das Vordringen des organisierten Verbrechens Rechnung tragen.

Die wichtigsten Elemente einer Offensivstrategie, mit der das Organisierte Verbrechen gestoppt werden muß:

Nationale Ebene

- Nach der Verabschiebung des Gesetzes

zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, mit dem bestehende Rechtslücken im Strafrecht (Geldwäsche, Gewinnabschöpfung, Vermögensstrafe u. ä.) geschlossen sowie verbesserte Ermittlungsmethoden und -instrumente (Rasterfahndung, Einsatz Verdeckter Ermittler, polizeiliche Beobachtung u. a.) eingeführt wurden, muß alsbald das in Beratung befindliche Gewinnaufspürungsgesetz verabschiedet werden. Um den Strafverfolgungsbehörden ein wirklich effektives Fahndungsinstrument zur Aufklärung von Geldwaschaktionen an die Hand zu geben, sollte der Gesetzesentwurf in zwei Bereichen verbessert werden:

- Absenkung der Schwellenbeträge für die Identifizierungspflicht von Bankkunden bei Bargeschäften und Finanztransaktionen von bisher 50.000 DM bzw. 30.000 DM auf einheitlich 20.000 DM,
 - Einschränkung des sog. „Anwaltsprivilegs“ (Befreiung von Rechtsanwälten, Steuerberatern, Notaren u. ä. von der Identifizierungspflicht bei der Kontoöffnung/Einzahlung von Mandantengeldern für Dritte) zur Verhinderung von Strohmanggeschäften.
 - Wegen der konspirativen Arbeitsweise des Organisierten Verbrechens wird es der Polizei auf Dauer nicht gelingen können, mit den hergebrachten Fahndungsmethoden in die Führungsebene der Syndikate einzudringen.
- Gegen sie muß verdeckt und schon im Vorfeld, d. h. ohne daß wie bisher erst ein konkreter Tatverdacht vorzuliegen hat, ermittelt werden.
- Da bisher ein polizeiliches Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität noch nicht vorliegt, schlage ich vor, daß die Innenminister des Bundes und der Länder unverzüglich eine „Ständige Arbeitsgruppe Organisierte Kriminalität“ einrichten, die unmittelbar der Innenministerkonferenz unterstellt

ist. Diese Arbeitsgruppe sollte sich aus Experten der Bundes- und Länderpolizeien, Staatsanwälten u. ä. zusammensetzen und konkrete Vorschläge zur Ermittlungsmethodik, Verbesserung der polizeilichen Organisation sowie der Zusammenarbeit von Polizeien, Zoll, Steuerfahndung u. ä. erarbeiten.

- Die Organisation der Länderpolizeien muß mit dem Ziel einer Bündelung der bisher getrennten Zuständigkeiten (z. B. Kommissariate für Rauschgiftkriminalität, Wirtschaftsvergehen, Kapitalverbrechen) durch Bildung bundeseinheitlich aufgebauter Spezialdienststellen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität flächendeckend gestrafft werden.
- Die Bundesländer müssen endlich den eklatanten Personalfehlbestand der Polizei, der infolge von Abwanderung und Bewerbermangel auf mehrere 10.000 Beamte geschätzt wird, beseitigen.

Europäische Ebene

- Das Organisierte Verbrechen wird versuchen die offenen Grenzen in Europa und die Entfaltungsmöglichkeiten des Europäischen Binnenmarktes für seine Zwecke zu mißbrauchen. Ich halte daher neben einer Verbesserung der bilateralen polizeilichen Zusammenarbeit eine zentrale europäische Ermittlungsbehörde mit polizeilichen Befugnissen für unverzichtbar. Dem in Gründung befindlichen „Europäischen Polizeiamt“ (EUROPOL) muß daher als originäre Aufgabe die Bekämpfung der europaweit agierenden Organisationen in den Bereichen des Drogenhandels und sonstiger schwerwiegender Formen der internationalen Kriminalität sowie des Terrorismus übertragen werden.

Aus einem Beitrag vor dem Landestag der Jungen Union Oldenburg am 11. Oktober 1992 in Wilhelmshaven.

Für eine neue Kultur des Helfens

Zur Anerkennung von Selbsthilfe und Ehrenamt erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik, Hermann-Josef Arentz:

In unserer Gesellschaft werden eine Vielzahl von wichtigen Leistungen ehrenamtlich erbracht. Die Vielfalt an sportlichem, musischem und kulturellem Angebot wäre ohne den konsequenten und teilweise selbstlosen Einsatz engagierter Mitbürgerinnen und Mitbürger ebensowenig denkbar wie die Menge und Qualität der vorhandenen sozialen Dienste für die Hilfebedürftigen. Vielfach vollzieht sich diese Hilfe bescheiden und unauffällig.

Derartige Hilfeleistungen tauchen in den üblichen wirtschaftlichen Rahmendaten, mit denen wir gemeinhin unsere Leistungsfähigkeit messen, zwar nirgendwo auf, dennoch sind sie von höchster Bedeutung für das Zusammenleben in unserem Lande. Unsere Gesellschaft braucht die Selbsthilfe und das soziale Ehrenamt. Die Verwirklichung des Subsidiaritätsgedankens fördert in entscheidendem Maße die Lebensqualität. Im übrigen wäre es nicht möglich, die heute ehrenamtlich erbrachten Leistungen in vollem Umfang auf den Staat zu übertragen. Der Staat könnte selbst bei bestem Willen gar nicht all das leisten, was derzeit auf vielen Feldern — insbesondere auch im sozialen Bereich — von den Bürgerinnen und Bürgern uneigennützig an Leistungen erbracht wird.

Die CDU würdigt diese Leistungen der ehrenamtlich Tätigen. Ziel der CDU ist es, das Ehrenamt zu stärken und die Voraussetzungen für ehrenamtliche Dienste angesichts veränderter und sich in der Zukunft noch verändernder gesellschaftlicher Bedingungen zu verbessern.

Der CDU-Bundesfachausschuß Sozialpolitik will einen Beitrag leisten zu mehr Anerkennung für Selbsthilfe und soziales Ehrenamt und legt dazu einen Zehn-Punkte-Plan vor.

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß die Menschen neben der materiellen Risikoabsicherung durch unseren hochentwickelten Sozialstaat auch gesellschaftliche und persönliche Geborgenheit suchen. Deshalb kann der Sozialstaat auf

Ziel der CDU ist es, das Ehrenamt zu stärken und die Voraussetzungen für ehrenamtliche Dienste zu verbessern.

die Zuwendung und Hilfe von Mensch zu Mensch — also auf die praktizierte Nächstenliebe — nicht verzichten.

Freiwillige Hilfe hat heute viele Erscheinungsformen:

- familiäre Eigenhilfe,
- organisierte Nachbarschaftshilfe,
- Selbsthilfe in ihren verschiedenen Formen
- und ehrenamtliche Hilfe.

Wir stellen fest: Der Bedarf an sozialen Diensten nimmt dramatisch zu.

Das gilt für die professionellen sozialen Dienste genauso wie für die freiwilligen sozialen Hilfen.

Die Ursache für diese Entwicklung ist eine tiefgreifende Veränderung der sozialen Wirklichkeit. Die neue soziale Wirklichkeit ist u. a. gekennzeichnet durch

- einen dramatischen Umbruch im Altersaufbau der Bevölkerung,

- die kräftige Zunahme von Ein- und Zwei-Personen-Haushalten,
- die aufgrund der höheren durchschnittlichen Lebenserwartung stark steigende Zahl der Kranken, der chronisch Kranken und der Behinderten.

Bereits heute sind 21 Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre. Zur Jahrtausendwende werden es bereits 25 Prozent sein. In 30 Jahren wird erwartet, daß jeder dritte Einwohner der Bundesrepublik Deutschland älter als 60 Jahre ist.

In Städten über 500.000 Einwohner sind heute in Deutschland bereits 42 Prozent aller Haushalte Ein-Personen-Haushalte. Über 60 Prozent aller Haushalte in Deutschland sind Ein- oder Zwei-Personen-Haushalte.

Die Versorgungslage Hilfsbedürftiger, Kranker und behinderter Menschen und ihrer Angehörigen ist gekennzeichnet durch eine gute medizinische Versorgung, aber oftmals fehlende pflegerische, hauswirtschaftliche und psychosoziale Hilfe.

Nach einer Untersuchung von Infra-Test, die vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde, leben 1.123.000 Personen mit erheblichem Hilfs- und Pflegebedarf in privaten Haushalten. Das sind 1,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Hinzu kommen noch einmal 1.262.000 Menschen mit gelegentlichem Pflegebedarf.

„Bürger und Sozialstaat 1990“

77 Prozent der Schwerpflegebedürftigen werden zu Hause von einer Hauptpflegeperson — in der Regel dem Ehepartner oder einem anderen Familienangehörigen — versorgt. 83 Prozent dieser Pflegenden sind Frauen.

Nach einer Infra-Test-Umfrage „Bürger und Sozialstaat 1990“ gibt es bereits heute in Deutschland ein höheres Maß an freiwilliger und ehrenamtlicher Hilfe, als oft angenommen wird:

- 12 Prozent arbeiten im Rahmen von Nachbarschaftshilfe,
- 7 Prozent in Kirchen und kirchennahen Organisationen,
- 6 Prozent in Bürgerinitiativen,
- 6 Prozent in Selbsthilfegruppen mit sozial- und gesundheitlichen Zielen,
- 5 Prozent in Jugendverbänden und Kindergruppen,
- je 3 Prozent in Frauenverbänden sowie in Verbänden der Kriegsopfer, Sozialrentner und Behinderten.

Dies ergibt einen theoretischen Wert von 42 Prozent, wobei allerdings Mehrfachnennungen ebenso wie gewisse Unschärfen in den Antworten der Befragten zu berücksichtigen sind.

Hauptsächliche Träger der freiwilligen sozialen Arbeit sind die Frauen mit zwei Dritteln bis vier Fünfteln aller ehrenamtlich Engagierten.

Viele Befragte, die nicht ehrenamtlich engagiert sind, bekunden ihre Bereitschaft, freiwillig zu helfen, wenn bestimmte Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Es kann also festgestellt werden:

Es besteht nicht nur ein dramatisch zunehmender Bedarf an Hilfe, Zuwendung und Pflege, sondern es besteht auch noch ein erhebliches, nicht genutztes Potential der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung.

Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU fordert deshalb ein Zehn-Punkte-Programm für mehr Anerkennung von Selbsthilfe und Ehrenamt. Bestandteile dieser konzertierten Aktion von Bund, Ländern und Gemeinden müssen sein:

1. Freiwillige Helfer müssen wissen, daß sie nicht als der „billige Jakob“ der Sozialpolitik mißbraucht werden. Es muß klar sein, daß der Ausbau von Selbsthilfe und Ehrenamt der qualitativen Verbesse-

rung des Sozialstaates und nicht seinem Abbau dient. Die erwünschte Verstärkung des sozialen Engagements der Bürger darf nicht mit einem Abbau sozialstaatlicher Leistungen gekoppelt werden.

2. Innerfamiliäre Hilfe, Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe und klassisches soziales Ehrenamt ergänzen einander und stehen nicht in Konkurrenz und Widerstreit zueinander. Die CDU bekennt sich deshalb klar und eindeutig zur Förderung aller Formen der freiwilligen Hilfe. Es darf auch keinen Argwohn gegen die Aktivitäten, Initiativen und Projekte im Bereich der sozialen Selbsthilfe geben.

3. Wir müssen alles tun, damit der gelegentlich immer noch anzutreffende Konflikt zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in der sozialen Arbeit aufgelöst werden kann. Die Hauptamtlichen sind nicht die Chefs der Ehrenamtlichen in der sozialen Arbeit, die Ehrenamtlichen nicht die Lückenbüßer für die möglicherweise ungeliebten Tätigkeiten. Die Kompetenz der freiwilligen Helfer als Ehrenamtliche oder als Betroffene muß von den Hauptamtlichen und den Verbänden noch stärker anerkannt werden.

4. Insbesondere im Hinblick auf den enorm hohen Anteil von Frauen bei den freiwilligen sozialen Diensten ist es notwendig, daß

- Frauen gleichberechtigt an verantwortlichen Positionen in ihrem Tätigkeitsbereich teilhaben,
- eine neue Aufteilung von Aufgaben in der Familie zwischen Mann und Frau stattfindet,
- freiwillige unbezahlte Arbeit nicht als Ersatz für den Anspruch auf Erwerbsarbeit angesehen wird,
- Frauen nicht zu alleinigen Trägern ehrenamtlicher Dienste werden, sondern

auch Männer sich verstärkt daran beteiligen,

● ehrenamtliche Tätigkeiten Anrechnung in späteren beruflichen Tätigkeiten finden bzw. als Vorbereitung für den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit dienen können.

5. Um eine „Neue Kultur des Helfens“ zu schaffen, müssen die Menschen das Helfen lernen. Für Schüler aller Schularten sollte deshalb in allen Bundesländern ein Sozialpraktikum in sozialen Einrichtungen vorgesehen werden. Im Rahmen des Bildungsurlaubs sollte es auch die Möglichkeit zur Qualifikation für ehrenamtliches Engagement im Rahmen eines „Sozialurlaubs“ für Erwachsene geben. Die Förderung der gemeinsamen Erziehung und Ausbildung behinderter und nicht behinderter Kinder dient ebenfalls dem Abbau von Hemmungen und Barrieren und der Erleichterung des Zugangs zur konkreten persönlichen Hilfe.

6. Nachhaltig müssen Bund und Länder sowohl das Freiwillige Soziale Jahr als auch das Freiwillige Ökologische Jahr fördern. Die Teilnahme an einem solchen Jahr sollte verstärkt bei nachfolgenden Berufsausbildungen bzw. bei Bewerbungen um einen Studienplatz anerkannt und angerechnet werden.

Ein soziales Pflichtjahr lehnt der Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU dagegen entschieden ab. Hilfe am Nächsten kann und darf nicht bürokratisch verordnet und erzwungen werden.

7. Freiwillige Hilfe darf nicht ein Privileg derjenigen sein, die sich das „leisten“ können.

Deshalb ist es notwendig,

- daß die Träger der sozialen Arbeit Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Helfer (z. B. Fahrtkosten) vorsehen,
- daß Rentenanwartschaften für Pflege-

arbeit eingeführt werden, wie es die Bundesregierung mit dem Gesetz der Pflegeversicherung plant; dabei sollten die Rentenanwartschaften mindestens in Höhe von 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes gewährt werden,

● daß Steuerbefreiungen für Aufwandsentschädigungen aus ehrenamtlichen sozialen Tätigkeiten in Höhe von 2.400 DM jährlich geschaffen werden, wie sie bereits heute für nebenberufliche Tätigkeiten für Übungsleiter in Sportvereinen gewährt werden. Dazu sind die Bestimmungen des § 3 Nr. 26 Einkommensteuergesetz auch auf ehrenamtliche soziale Tätigkeiten zu erstrecken.

8. Zur Stärkung von Selbsthilfe und sozialem Ehrenamt sind alle politischen Ebenen gefordert, ihre Beiträge zu leisten. Neben der Werbung geht es dabei insbesondere um die kostenfreie Qualifikation und professionelle Unterstützung ehrenamtlicher Helfer.

9. In Städten und Gemeinden muß eine ortsnahе Infrastruktur zur Förderung von Selbsthilfe, Familien- und Nachbar-

schaftshilfe sowie sozialem Ehrenamt aufgebaut werden.

In jeder Stadt sollte — möglichst durch einen freien Träger — mindestens ein Service-Zentrum für Selbsthilfe und Ehrenamt geschaffen werden. Zu seinen Aufgaben sollten u. a. die Vermittlung von hilfsbereiten Mitbürgern an Hilfsbedürftige, Gruppen und Verbände gehören, weiter die Vermittlung in kostenfreie Qualifikations- und Schulungsangebote, Gesprächskreise pflegender Angehöriger, kostenfreier Verleih von Hilfsmitteln und professionelle Beratung und Begleitung.

10. Die Sozialstationen müssen stärker als heute eine ihrer wichtigsten Aufgaben in der Verknüpfung von professioneller und ehrenamtlicher Dienstleistung sehen. Der notwendige weitere Ausbau der Sozialstationen muß deshalb auch zu einer Verstärkung der psychosozialen Komponente in der Betreuung Hilfsbedürftiger und ihrer Angehörigen führen. In jeder Sozialstation sollte für diese Aufgabe ein entsprechend qualifizierter Mitarbeiter (Sozialarbeiter o. ä.) beschäftigt werden. ■

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Eurogress Aachen Umweltpolitik in Europa Freitag, 30. Oktober 1992

Themen und Referenten (u. a.):

Plenum (10.00—15.30 Uhr):

- Umweltpolitik als europäische Gemeinschaftspolitik (K.-H. Florenz, MdEP)
- Die Umweltpolitik der Bundesregierung (Bundesminister K. Töpfer)
- Ökologischer Marshallplan — Zielsetzungen einer europäischen Umweltpolitik (Prof. L. Wicke)

● „Umwelt“ als Studienfach an der RWTH Aachen (Rektor W. Disselhoff)

Weitere Informationen/Teilnahmebedingungen/Anmeldungen:

**Umweltpolitik in Europa —
Kongreßbüro
c/o Verkehrsverein
Bad Aachen e. V.
Postfach 2007
W-5100 Aachen
Tel. (0241) 180 29 50/51
Fax (0241) 180 29 30**

5. Landesparteitag in Riesa

Freistaat Sachsen kommt gut voran

Ein eigenes, umfassendes politisches Programm will die CDU in Sachsen bis zur Landtagswahl 1994 verabschieden. Die Diskussion darum wurde auf ihrem 5. Landesparteitag am 10. Oktober 1992 in Riesa eingeleitet.

200 Delegierte beschlossen einen entsprechenden Arbeitsplan, der nach einer breiten Diskussion von unten nach oben bis zum Herbst nächsten Jahres zum Ergebnis führen soll. In Anlehnung an die Arbeit der Grundsatzprogrammkommission der CDU Deutschlands sollen dazu auch Nicht-Parteimitglieder in die Meinungsbildung mit einbezogen werden.

Schon im Vorfeld der Landtagswahlen 1994 will die Sachsen-CDU auf diese Weise Menschen neu für die Union gewinnen. „Diese gemeinschaftliche Zielsetzung innerhalb der CDU ist Voraussetzung für unseren Erfolg in Sachsen“, erklärte der Landesvorsitzende Kurt Biedenkopf in seinem politischen Bericht.

Solidarpakt begrüßt

Biedenkopf begrüßte den von der Bundesregierung geplanten Solidarpakt als „die große Möglichkeit, einen Konsens über die Größe der Aufgaben der deutschen Einheit herzustellen“. In ganz Deutschland sei die Euphorie über die staatliche Einheit verflogen, Nüchternheit an ihrer Stelle eingetreten. Das geeinte Deutschlands stehe nun vor der großen Aufgabe, die innere Einheit zu bewältigen. In dieser Herausforderung liege aber auch eine große Chance für das Zusammenwachsen: „Die erlebte Bewährung an einer gemeinsamen Auf-

gabe“ nannte Ministerpräsident Biedenkopf diese große Herausforderung.

Scharf wandte sich Biedenkopf gegen jüngste rechtsradikale Tendenzen und gewalttätige Aktionen. „Wenn der Verstand gelähmt ist, erwachen die Dämonen“, rief er den Delegierten zu. Gewalttäter träten die Kultur mit Füßen und zerstörten damit das, was die Deutschen zusammenhalte. Deshalb forderte Biedenkopf alle Demokraten auf, einzugreifen, selbst wenn keine konkrete Gewalt

Gewalt sichtbar ächten

ausgeübt werde. „Gewalt muß sichtbar geächtet werden“, forderte Biedenkopf. „Die Kultur der Einheit braucht die Unterstützung aller Bürger.“

Der sächsische Innenminister Heinz Eggert würdigte in seiner Rede die Verdienste des Bundeskanzlers und der CDU für die Überwindung der deutschen Teilung. Er forderte die CDU auf, jetzt die innere Einheit aktiv zu gestalten. Von Sachsen aus sollten Impulse ausgehen zum „Brückenbau über die Mißverständnisse der deutschen Einheit“.

Zu seiner Kandidatur für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands sagte Eggert, er habe zu Bundesarbeitsminister Blüm gesagt, der ebenfalls für einen Stellvertreterposten kandidiert: „Dadurch, daß ich kandidiere, werdet Ihr gewählt, sonst wäret Ihr nur bestätigt worden.“

Für heiße Diskussionen sorgte dann die Beschlußfassung über die neue Beitragsordnung. Zuvor war der Bericht der

CDU-Messestand auf dem „Deutschen Umwelttag“



Vor allem von jungen Menschen dicht umdrängt wurde der Messestand der CDU auf dem „Deutschen Umwelttag“, der vom 18. bis 22. September 1992 (siehe Bericht in UID 29/1992) in Frankfurt am Main stattfand. Das zeigt, wie richtig es war, daß sich CDU-Bundesgeschäftsstelle und CDU/CSU-Bundestagsfraktion neben vielen anderen demokratischen Gruppen in der Umweltbewegung mit ihrem Informationsangebot präsentierte.

Rechnungsprüfer für das Jahr 1991 von der Tagesordnung abgesetzt worden. Damit konnte der im Dezember 1991 abgewählte Vorstand unter Klaus Reichenbach und seinem Nachfolger Bernhard Rink nicht entlastet werden. Der jetzige Landesvorsitzende Biedenkopf kündigte an, man werde umgehend einen vereidigten Wirtschaftsprüfer und einen Rechtsanwalt einschalten, um eine erneute Kassenprüfung vorzunehmen. Am Rande des Parteitag hatten

Betriebsratsmitglieder der Teigwaren GmbH Riesa einen Stand mit Kostproben ihrer Produkte aufgebaut und für den Erhalt der „Sachsen-Nudel“ geworben. Nach dem Zusammenbruch des Exports in die GUS können nur noch 20 Prozent der Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt abgesetzt werden. Die Betriebsräte wollen mit ihrer Aktion für den Erhalt des Standortes werben, für den das Ausdrohe, wenn sich in absehbarer Zeit keine wirksame Hilfe durch Investoren findet.

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

Kinder aus Aschersleben
im Westerwaldkreis

Besuche, Kontakte

Die Initiative des Kreisvorstandes der Senioren-Union, Kinder aus Aschersleben in den Westerwald einzuladen, hatte im vergangenen Jahr 1991 eine so positive Resonanz, daß sich die „Alten der CDU“ auch in diesem Jahr wieder dranmachten, den guten Kontakt nach Aschersleben hin zu nutzen, und Gastfamilien im Westerwald für Kinder aus Sachsen-Anhalt suchten.

27 Kinder waren inzwischen in 22 Familien Feriengast und erwiesen sich einmal mehr als allerbeste Botschafter. Bundeskanzler Helmut Kohl hat auch diesmal wie im vergangenen Jahr eine Grußadresse und eine Geldspende geschickt. Der Wunsch bei dieser Maßnahme war, Kontakte zu schaffen, und es ist erstaunlich — dies melden keine Medien —, wie

Kinder sind die besten Botschafter

Ich halte es für sehr wichtig, daß Menschen aus beiden Teilen Deutschlands das Gespräch miteinander suchen. Nur so kann sich gegenseitiges Verständnis entwickeln, das Voraussetzung ist für die innere Einheit. Kinder sind hier die besten Botschafter, weil sie unvoreingenommen und ohne vorgefaßte Meinungen ein Bild ihrer eigenen Lebensverhältnisse vermitteln und gleichzeitig das Neue, das ihnen begegnet, aufnehmen und weitertragen.

(aus dem Brief des Bundeskanzlers
an die Senioren-Union,
Kreisverband Westerwald)

schnell und einvernehmlich auch die Eltern der Ascherslebener Kinder Kontakt zu den Gastfamilien knüpften und „mal eben“ zu Besuch kamen. Diese Begegnungen sollen weiterhin subsidiär gepflegt und finanziert werden.



Die Kinder aus Aschersleben mit ihren Gastgebern im Hochwildschutzpark Gackenbach: mit Joachim Hörster MdB (3. von rechts), Frau Ramdohr, Organisatorin der Aktion in Aschersleben, und Staatssekretärin Roswitha Verhülsdonk.

Das neue CDU extra

u. a. mit einer Bilanz von 10 Jahren Bundeskanzler Helmut Kohl ist Anfang Oktober an die CDU-Kreisverbände ausgeliefert worden.

Zusätzliche Bestellungen sind beim IS-Verbandszentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, möglich.

Bestell-Nr.: 2543
Verpackungseinheit: 250 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 22,50 DM.

CDU EXTRA

Nachrichten & Hintergründe

Jetzt reicht's! Mit harten Bandagen gegen das Verbrechen vorgehen

Es kommt überhaupt kein Tag ohne Straftaten, Verbrechen in Deutschland. Ob große oder kleine Delikte - die Bevölkerung ist nicht mehr in Sorge, sondern auch unruhig. Was sie zu Recht für Ansicht hat werden muß.

Die CDU fordert deshalb mehr Einsatz für die Sicherheit in Deutschland. Der Rechtsausschuss der CDU hat sich mit dem Verbrechen und Gewalt recht

und bereits in die Tat umzusetzen. Die CDU fordert, vor allem für Straftäterinnen und Straftäterinnen bei unvollständiger Bewährung der Straftat ein Verbrechen zu werden.

Siehe auch Seite 6

10 Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl 10 gute Jahre: Darauf kann Deutschland weiter aufbauen

Peter Bönisch über 10 Jahre Kanzler Kohl

Seite 2

Opt/Eisnach: Die Zukunft hat schon begonnen

Seite 3

Peter Hintze: Deutsches Asylrecht muß europafähig werden

Alle bisherigen Maßnahmen zum Umgang des Asylverfahrens sind, so CDU-Generalsekretär Peter Hintze, in der aktuellen Lage nicht mehr zu halten. Die CDU fordert, daß die Grundlage für die Entscheidung im Asylverfahren die Grundrechte sind und nicht die Grundrechte sind.

Auch wer kritisch gegenüber der CDU über 10 Jahre ist, wird zugunsten: Es waren bisher alle in diesem Bundesparlament und Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze

- Wirtschaftlicher Aufschwung und wachsender Wohlstand
- Eines der besten sozialen Nettoerträge
- Friedenszeiten und konkrete Ab- und Wüstung

Erst dieses sollte Fundament gibt uns die Möglichkeit, die 10 Jahre des Helmut Kohl für Schritt zu gehen kann Deutschland weiter bauen. (Seite 30)



RECHTS-EXTREMISMUS UND GEWALT GEGEN AUSLANDER - EINE SCHANDFÜR UNSER LAND

Allein in den ersten Jahren dieses Jahres sind über 1000 Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund gemeldet worden, die sich fast ausschließlich gegen Ausländer und Asylanten richten - und diese bezeichnen als Rassenwächter. Das Ganze ist eine Schande für unser Land und zeigt, daß die CDU Deutschlands in der Welt in der rechtlich für den Rechtsstaat zu sein

öffentliche Bereiche des ehemaligen RZ Sachverständigen. Späterem nicht volle die gegen Fragere des Gewerkschafts für den Angriff auf eine Kultur, denn mit allen Mitteln Einhalt zu setzen werden muß.

Denkmal darf nicht vom Täter nicht werden.
Gift für das Klima
Die giftigen Täter müssen auch strafrechtlich bestraft werden. Wer hinter an Straftaten große Verbrechen begeht, darf nicht im Gefängnis. Wer die Täter tödlich und Unterstützung findet, muß auch bestraft werden. Auch viele Täter

und strafrechtlich zu verfolgen.
Schließlich sind die Straftäterinnen und Straftäterinnen zu bestrafen, die die Straftäterinnen und Straftäterinnen zu bestrafen. Ihre unvollständigen Straftaten sind strafrechtlich zu bestrafen, die sie strafrechtlich zu bestrafen.

Deutschlandtag der Jungen Union in Dillingen

Unter dem Motto „Kurs Europa“ findet vom 5. bis 8. November in Dillingen/Saarland der diesjährige Deutschlandtag der Jungen Union statt.

Auf sechs Foren werden u. a. „Eurovisionen“ diskutiert, Gemeinsame Wählung, Jugend im größeren Europa und die Frage, welche Verfassung das geeinte Europa braucht.

Am Sonntag findet um 11 Uhr eine Diskussion mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, statt, der auch das Schlußwort sprechen wird. Weitere prominente Gäste auf dem Deutschlandtag: Generalsekretär Peter Hintze, der Präsident des Europäischen Parlaments, Egon Klepsch, und der Stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, Bernhard Sälzer.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Zur Erinnerung und als Geschenk

Konrad Adenauer verstarb vor 25 Jahren. Aus diesem Anlaß haben wir zur Erinnerung an den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland eine Gedenkmedaille herausgegeben.

In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer 80,— DM. Hinzu kommen Porto- und Versandkosten. Die Medaille ist zum Preis von 23,80 DM einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto- und Versand-



kosten) auch in Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt bei dieser Version 50 mm. Bestellungen bitte über die Union Betriebs-GmbH oder direkt bei:

Bonner Werbe-GmbH,
Postfach 1505, Konrad-
Adenauer-Haus,
5300 Bonn 1
Telefon
(02 28) 53071 13,
Telefax
(02 28) 53071 18

UiD

31/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 5307-0, Telefax (02 28) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis:** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.